

Karl Hohmann

Ludwig Erhard (1897–1977)

Eine Biographie

Der vorliegende Text ist 1997 als Broschur erschienen: Karl Hohmann, Ludwig Erhard (1897–1977). Eine Biographie, herausgegeben von der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. Bonn, ST-Verlag, Düsseldorf 1997.

VORWORT

Schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg und noch vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland richtete sich das öffentliche Interesse im westlichen Teil Deutschlands auf den bis dahin unbekanntem fränkischen Nationalökonom *Ludwig Erhard*. Sein Name wurde mit dem Jahre 1948 zum Symbol für den Wiederaufbau Westdeutschlands und die Überwindung der Nachkriegsnot.

Die Wege, die *Erhard* zur Reform von Wirtschaft und Währung ging, blieben zunächst hart umkämpft. Die Währungsreform war ein Werk der Alliierten. Deutsche wurden – unter Vorsitz von *Erhard* über die Sonderstelle Geld und Kredit – nur beratend beteiligt. Dagegen war die Wirtschaftsreform *Erhards* eigenstes Werk. Er versuchte nicht, wie es in den meisten anderen europäischen Ländern geschah, die untauglichen Rezepte einer Mischung von Sozialismus und Kapitalismus anzuwenden, um mit ihnen den schweren Problemen, die der Krieg hinterlassen hatte, zu begegnen. *Erhard* vertraute vielmehr auf die Kraft und den Willen der Menschen, ihr Leben selbstverantwortlich neu zu gestalten. Dieses Vertrauen entsprang seiner tiefen Überzeugung vom Wert der Freiheit für den Menschen: „Für mich ist die Freiheit ein Ganzes und ein Unteilbares. In meinem Blickfeld stellen politische Freiheit, wirtschaftliche und menschliche Freiheit eine komplexe Einheit dar. Es ist nicht möglich, hier einen Teil herauszureißen, ohne nicht das Ganze zusammenstürzen zu lassen.“ Die hierauf bauende Politik wurde zum erfolgreichen Versuch, unsere Industriegesellschaft, die der Krieg schwer getroffen hatte, in eine Verfassung zu bringen, die Stabilität und den Willen zur Erneuerung vereinigte. Was ihm damit gelang, kam in einer Betrachtung von Hause aus kritisch eingestellter Journalisten bei seinem Tode zum Ausdruck: „So leicht werden die Bundesbürger den Bundeswirtschaftsminister *Erhard* nicht vergessen. Die Zuversicht, die er ausstrahlte, das Glück des freien Schaffens und Wirtschaftens, dem er Platz machte, das Vertrauen in eine harmonische Weltordnung, das ihm eigen war – all das beschreibt eine Epoche, für die es kein Beispiel in der deutschen Geschichte gibt.“

Die politisch wichtigsten Abschnitte im Leben *Ludwig Erhards* lagen in der Zeit zwischen 1945 und 1966. Es waren vor allem seine Jahre als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, als Bundesminister für Wirtschaft und als Bundeskanzler. Die Spuren seiner Politik und ihres triumphalen Erfolges sind jedoch bis in die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts nicht verwischt.

Es ist nicht möglich, auf dem hier zur Verfügung stehenden begrenzten Raum die politischen und wissenschaftlichen Leistungen *Ludwig Erhards* im Detail darzustellen. Es kann sich bei diesem Versuch nur darum handeln, einige biographische Daten und eine Auswahl politischer Vorgänge aus seinem Leben auszubreiten.

Erhard hatte seinen historischen Platz im Werden der Bundesrepublik Deutschland schon zu Lebzeiten errungen. Geblieben ist nicht nur der Mythos eines großen Werkes, sondern wesentliche Elemente dieses Werkes, geblieben sind seine Lehren, die zu mehr taugen, als Gegenstand von Festreden zu sein. Bei der Lösung von wirtschaftlichen Problemen der Gegenwart weist sein Vorbild immer noch den richtigen Weg. Von ihm sagte sein Freund, der große Nationalökonom und Soziologe *Wilhelm Röpke*, am 4. Februar 1957: „Um das Verdienst, das er sich erworben hat, ins rechte Licht zu rücken, dürfen wir ein bekanntes Wort *Churchills* abwandeln und sagen, dass selten in der Geschichte so viele Menschen so wenigen, ja einem einzelnen Mann, ein Leben verdanken, das sie sich nur einmal ohne sein Wirken vorstellen

sollten, um zu erkennen, wie viel er für sie getan hat.“ Und einer seiner politischen Gegner, der damalige Bundeskanzler *Helmut Schmidt*, charakterisierte ihn 1980 mit dem Satz: „*Ludwig Erhard* war ein Genie.“

Friedrich A. von Hayek, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, berichtete im Februar 1983 in Bonn über den geistesgeschichtlichen Prozess, der in der Bundesrepublik zur Wiedergeburt einer liberalen Wirtschaftspolitik geführt hat. Er führte aus, dass Deutschland nach dem Kriege „das ungeheure Glück hatte, an der entscheidenden Stelle ein – ich möchte sagen – Naturtalent zu haben. Unter allen Ökonomen, die ich gekannt habe, von denen viele theoretisch viel feinsinniger und verständnisvoller waren, bin ich keinem anderen Mann begegnet, der einen solchen Instinkt für das, was richtig ist, gehabt hat wie *Ludwig Erhard*. *Ludwig Erhard* hat, wie ich das als Außenseiter beurteilen kann, viel größere Verdienste um die Wiederherstellung einer freien Gesellschaft in Deutschland gehabt, als ihm besonders in Deutschland, aber auch außerhalb Deutschlands zugestanden wird“.

I.

Geboren wurde *Ludwig Wilhelm Erhard* am 4. Februar 1897 in Fürth als Sohn der Eheleute *Philipp Wilhelm Erhard* und *Augusta Friederika Anna Erhard*, geb. *Hassold*. Er hatte eine Schwester und zwei Brüder. Der Vater stammte aus Rannungen in der Rhön und war Kind eines kleinen Landwirtes. Nach Jahren als Lehrling, Gehilfe und als Vertreter im Textilhandel hatte sich *Wilhelm Erhard* 1888 in Fürth in der Sternstraße 5 als selbständiger Kaufmann niedergelassen, im selben Jahr, in dem er *Augusta Hassold*, die Tochter eines angesehenen Seilermeisters aus Fürth, heiratete. *Ludwig Erhard*s Leben wurde schon im Alter von zwei Jahren durch eine lebensbedrohende Krankheit, die spinale Kinderlähmung, überschattet. Es ist überliefert, dass nur die liebevolle Pflege der Mutter *Ludwig* langsam genesen ließ. Ein verwachsener, stark deformierter rechter Fuß blieb eine lebenslange Folge dieser Krankheit, die ihn jedoch in der Jugend nicht vom Fußballspielen und später nicht von der Teilnahme am Ersten Weltkrieg fernhielt.

Ludwig Erhard besuchte ab 1904 die evangelische Volksschule und wurde drei Jahre später Schüler der Realschule seiner Heimatstadt. Nach dem Einjährigen begann *Ludwig Erhard* mit einer Lehre in einem Nürnberger Textilwarengeschäft.

Ludwig Erhard hat über den ersten Lebensabschnitt in Fürth bei der Verleihung der Goldenen Bürgermedaille seiner Heimatstadt im Jahre 1958 berichtet. Ihn habe in seiner Jugendzeit „die Atmosphäre bürgerlicher Beschaulichkeit und Sorglosigkeit, die keine Zweifel und Skrupel über die Angemessenheit einer scheinbar festgefügt bürgerlichen Ordnung aufkommen ließ“, umfassen. Eine bestimmende Grundlage für *Erhard*s Leben war zweifellos sein Elternhaus. Die evangelische Mutter und der katholische Vater erzogen ihre Kinder im evangelischen Glauben. Von dort scheint das Erlebnis der Toleranz, dem *Ludwig Erhard* auch in seiner Heimatstadt mit den friedlich zusammenlebenden Bürgern verschiedener Religionen eindrucksvoll begegnete, prägend für sein Leben geworden zu sein.

Seit seiner schweren Erkrankung stand ihm die Mutter besonders nahe. *Erhard*s oft scheue Zurückhaltung, der seine große Gabe gegenüberstand, die Massen mit der Gewalt seiner Sprache zu begeistern, dürfte ein Erbteil seiner Mutter gewesen sein. Er selbst hat darüber einmal gesagt: „Während mein Vater etwas gelten wollte und in diesem Sinne sozialen Ehrgeiz be-

saß, war meine Mutter fast scheu, ein stiller zurückhaltender Typ, jeder Art von Öffentlichkeit abhold. In meinem eigenen Charakter, in meinem Wesen spüre ich das Erbe einander widersprechender Elemente eines introvertierten und doch gleichzeitig extrovertierten Menschen; einerseits verlangt es mich nach Bestätigung in der Öffentlichkeit, und andererseits sehne ich mich nach Zurückgezogenheit.“

Wer *Erhard* näher kennenlernte, konnte erleben, wie stark er sich mit seiner Heimat Franken verbunden fühlte. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte er deren Schönheit zusammen mit Freunden erwandert. Sein Bekenntnis zu Franken war wie das seines Freundes *Thomas Dehler* nicht gegen den Freistaat Bayern gerichtet. Er wollte die Geschichte nicht zurückdrehen. Sein Frankentum war ihm vielmehr Herzenssache. Seine Sprache in der Unterhaltung, auf internationalen Konferenzen oder bei Massenkundgebungen blieb das Fränkische.

Fürth, die ursprüngliche Marktgemeinde, war durch Emigranten aus Frankreich und den Niederlanden und die zahlreichen Bürger jüdischen Glaubens, die aus Nürnberg vertrieben worden waren, zu einer aufblühenden Gewerbe- und Handelsstadt geworden, die durch den ersten deutschen Eisenbahnbau von 1835 in aller Munde war und in jener Zeit als eine moderne Stadt galt. Bedeutende Persönlichkeiten waren aus ihr hervorgegangen: *Otto Mayer*, der Schöpfer der deutschen Verwaltungsrechtswissenschaft; der Pathologe und Anatom *Gustav Jacob Henle*; *Wilhelm Löhe*, ein Klassiker der evangelischen Diakonie; der Schriftsteller *Jacob Wassermann*; der große Verleger *Leopold Ullstein*. Ihnen folgten *Hans Böckler*, der Gewerkschaftsführer; *Henry A. Kissinger*, der spätere US-Außenminister; *Gustav* und *Grete Schickedanz*, die Großkaufleute; *Max Grundig*, der Industrielle; und nicht zuletzt *Ludwig Erhard*.

Erhard bewahrte Jugendfreundschaften bis in seine letzten Tage, vor allem auch mit vielen Juden, die Deutschland nach 1933 verlassen mussten. Wo er helfen konnte, half er.

Fürth mit den Gräbern der Eltern und den starken Erinnerungen an die eigene Jugend liebte er. Aber er bestimmte zusammen mit seiner Frau *Luise* als Ort ihrer gemeinsamen letzten Ruhe den Bergfriedhof über dem Tegernsee in Gmund und nicht Fürth.

II.

Der Erste Weltkrieg änderte zunächst wenig an *Erhards* Leben. Bis Anfang 1916 blieb er in seiner Heimat. Dann folgten harte Jahre des Kriegsdienstes im 22. Königlich Bayerischen Feldartillerieregiment, zunächst als Richtschütze und am Ende des Krieges als Wachtmeister. Er kämpfte mit seinem Regiment in den Vogesen, dann in Rumänien und im letzten Kriegsjahr in Flandern. Er überwand eine Fleckfiebererkrankung und kleinere Verletzungen, bis ihn im September 1918 eine Artilleriegranate an der Westfront schwer verwundete. Schulter und Arm seiner linken Seite wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Es folgten viele Monate in Kriegslazaretten. Das Kriegsende erlebte er in Recklinghausen, noch lange von einer Genesung entfernt. Aber mehr noch als seine persönliche Lage beschäftigte ihn die allgemeine Zukunft: „Aus eigener Erkenntnis wusste ich, dass die Dolchstoß-Theorie nichts als eine infame Lüge war. Aber ich ahnte mehr, als es zu wissen, dass der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch uns nicht erlauben werde, einfach dort anzufangen, wo das Kaiserreich geendet hatte.“ *Erhard* kam nach Hause, geschwächt und stark behindert. Dem ursprünglichen Plan, in das väterliche Geschäft einzutreten, stand seine gesundheitliche Verfassung entgegen. Deshalb

nahm *Erhard* die Möglichkeiten wahr, die sich durch die gerade gegründete Handelshochschule Nürnberg eröffneten. Er wurde zunächst Gasthörer und später mithilfe des Gründungsrektors, *Prof. Dr. Wilhelm Rieger* (Privatwirtschaftslehre), eines der Hochschullehrer, die starken Einfluss auf *Erhard* nehmen sollten, voll eingeschriebener Student. *Ludwig Erhard* hatte nicht nur keine Schwierigkeiten, mit dem akademischen Betrieb der Hochschule fertig zu werden, er bejahte auch innerlich das Schicksal, sich einen neuen Beruf zu suchen, und erkannte die Chancen, die die Wirtschaftswissenschaften ihm boten. 1922 legte *Erhard* zusammen mit seiner späteren Frau, *Luise Schuster*, geb. *Lotter*, die als junge Witwe – ihr Mann war im Krieg gefallen – ebenfalls an der Handelshochschule studierte, die Prüfung für Diplomkaufleute ab. In seiner Diplomarbeit befasste er sich mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Mit dem Abschluss seiner Studien an der Handelshochschule Nürnberg war der wissenschaftliche Ehrgeiz des Diplom-Kaufmanns *Erhard* nicht erfüllt. Er entschloss sich, an die Universität Frankfurt zu gehen, in der Hoffnung, dort über den Bereich der reinen Ökonomie hinaus weitergehende geistige Anstöße zu finden. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht sofort. Aber als er *Franz Oppenheimer* kennenlernte, den aus Berlin kommenden Nationalökonom, Philosophen und Arzt, der 1919 den als private Stiftung entstandenen ersten Frankfurter Lehrstuhl für Soziologie übernommen hatte, begann ein grundlegend neuer Abschnitt im Leben *Erhards*. *Oppenheimer* war Ordinarius für Soziologie und theoretische Nationalökonomie und stand dem nicht marxistischen Flügel der Sozialdemokraten nahe. Bei der Gedenkfeier zum hundertsten Geburtstag *Franz Oppenheimers* an der Freien Universität Berlin sagte Bundeskanzler *Erhard* am 20. April 1964: „*Wilhelm Rieger* hat mich zur Wissenschaft hingeführt, aber wissenschaftlich Denken gelehrt in straffer innerer Zucht hat mich *Franz Oppenheimer*, und das danke ich ihm noch heute.“ Mit dem Namen *Franz Oppenheimer*, der *Karl Marx* ablehnte, verbindet sich die Lehre vom „liberalen Sozialismus“. *Erhards* „sozialer Liberalismus“ ist ohne Privateigentum nicht denkbar. Und doch lässt sich einiges, was *Erhard* nach dem Zweiten Weltkrieg als Wirtschaftspolitiker zu verwirklichen suchte: Wettbewerb, soziale Verantwortung, Kampf gegen Kartelle und Monopole, Abbau der Handelsschranken zwischen den Staaten, freier Geld- und Kapitalverkehr und seine Vorstellung von einem geeinten Europa, bei dem er oft die Wendung vom „Europa der Freien und Gleichen“ gebrauchte, aus den Einflüssen seiner Lehrer, insbesondere *Oppenheimers*, ableiten. *Oppenheimer* sprach von einer „Gesellschaft der Freien und Gleichen“, die es zu verwirklichen gelte.

Ludwig Erhard promovierte am 12. Dezember 1925 bei *Franz Oppenheimer* zum Dr. rer. pol. über das Thema „Wesen und Inhalt der Werteinheit“, eine theoretische Arbeit, die sich mit den verschiedenen dogmengeschichtlichen Schulen der Wertlehre auseinandersetzt und die von *Oppenheimer* entwickelte Arbeitswerttheorie darstellt.

III.

Erhard hatte in seinem kurzen Leben bereits viel erlebt: den Ersten Weltkrieg, den Zusammenbruch des Kaiserreichs, die Gründung der Weimarer Republik, den Niedergang der Nachkriegswirtschaft mit einer Inflation, die 1923 durch die Einführung einer neuen Währung unter Reichskanzler *Gustav Stresemann* beendet wurde. Teile Westdeutschlands waren besetzt, vor allem das industrielle Herzstück, das Ruhrgebiet. Die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe in Teilen des Reiches und der *Hitler*-Putsch in München zeigten, wie zerbrechlich die neue Republik

war. Die berufliche Zukunft des *Dr. Ludwig Erhard* schien alles andere als gesichert. Das väterliche Geschäft musste im Anschluss an die Inflation liquidiert werden, ein Vorgang, der, bei aller Schwere für die Eltern, dem Sohn *Ludwig* größeren Spielraum in der Verfolgung seiner wissenschaftlichen Interessen eröffnete, die seit seinen Begegnungen mit den Gelehrten *Franz Oppenheimer* und *Wilhelm Rieger* dominierten. 1928 wurde er als Assistent am Nürnberger Institut für Wirtschaftsbeobachtung Mitarbeiter des bedeutenden Marktforschers *Wilhelm Vershofen*, der auch als Schriftsteller von hohen Graden hervorgetreten war. *Vershofen*, Pionier der Marktforschung, schenkte *Erhard* sein ganzes Vertrauen und arbeitete vierzehn Jahre, bis zum Jahre 1942, mit ihm zusammen. In *Erhards* Erinnerungen nahm die Institutszeit einen besonderen Platz ein. *Erhard* wurde neben *Prof. Dr. Wilhelm Vershofen* und *Dr. Erich Schäfer* Mitglied der geschäftsführenden Leitung. Er gehörte 1934 zu den Mitbegründern der „Gesellschaft für Konsumforschung (GfK)“ und bildete mit *Vershofen* und *Schäfer* den ersten Vorstand der GfK. In diesen Jahren entstanden unter Mitwirkung *Erhards* grundlegende Arbeiten zur Konsum- und Marktforschung im deutschen und europäischen Rahmen.

Während sich *Erhard* von Beginn seiner Arbeit im Institut an mit großem Engagement den neuen Aufgaben widmete, war ein weiteres Feld seines politischen und beruflichen Interesses entstanden: die Wirtschafts- und Währungspolitik der Reichsregierung. Es war die Zeit der großen Krise, die die gesamte Weltwirtschaft erfasst hatte und sich auch im Deutschen Reich mit vielen tausend Firmenzusammenbrüchen und sechs bis sieben Millionen Arbeitslosen zu einer sozialen und politischen Katastrophe auswuchs. *Erhard* erlebte, welche Folgen das Versagen der Führung des Reiches in der Wirtschafts- und Währungspolitik hatte. Immer größere Teile der Bevölkerung entschieden sich in den Wahlen für die radikalen Links- und Rechtsparteien. *Hitlers* Ernennung zum Reichskanzler durch Reichspräsident *von Hindenburg* war im Grunde eine verhängnisvolle Konsequenz des wirtschaftlichen Niedergangs. Die Wirtschaft wurde den Deutschen zum Schicksal.

Seit den Jahren der großen Krise lässt sich bei *Ludwig Erhard* nachweisen, dass er gute Wirtschaftspolitik als besonderen Ausweis hoher Staatskunst ansah. Sein ganzes Leben orientierte sich an dieser Maxime.

Es kann nicht überraschen, dass er sich in den Jahren 1929–1932 auch publizistisch an der öffentlichen Diskussion über die Bewältigung der Krise beteiligte. Seine Aufsätze im „Tagebuch“ von *Leopold Schwarzschild* und anderen Organen galten der Deflationspolitik der Reichsregierung und setzten sich mit *Hjalmar Schacht* auseinander.

IV.

Schon frühzeitig beschäftigte sich *Erhard* kritisch mit dem Nationalsozialismus. Er schreibt hierzu: „An meiner eigenen Haltung konnte schon damals niemand zweifeln, denn obwohl von Hause aus vaterländisch gesinnt, konnte ich für den sich krankhaft übersteigernden Pseudo-Nationalismus des erstehenden Dritten Reiches nur tiefe Verachtung und Abscheu aufbringen und dem auch gebührend Ausdruck geben.“ Schlüsselerlebnisse jener Zeit waren 1933/34 Begegnungen mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung, dem 1937 zurückgetretenen Leipziger Oberbürgermeister *Carl Goerdeler*, der später als Widerstandskämpfer hingerichtet wurde. *Erhard* schreibt über sein Verhältnis zu *Goerdeler*: „Eine uns beiden eigene soziale Gesinnung hatte (...) mit Sozialismus nichts gemein. In langen Gesprächen, die wir in Briefen fortsetzten, kamen *Goerdeler* und ich zu einer – wie ich glaube – starken Annäherung der

Auffassung über die erstrebenswerte gesellschaftliche Ordnung nach der NS-Herrschaft, obwohl ich manche seiner nationalkonservativen Auffassungen nicht teilen konnte.“ Zu weiteren Zusammenkünften kam es dann in Berlin: „*Goerdeler* stellte mich dort auch General *Beck* vor, der in saloppem Zivil englischer Art erschien. In diesem Gespräch wurden Fragen der deutschen Zukunft sachlich erörtert.“

Erhard blieb bis zur Jahreswende 1942/43 in der Geschäftsführung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung. Vom Kriegsdienst wegen der spinalen Kinderlähmung und der schweren Verwundungen des Ersten Weltkriegs befreit, schied er wegen Spannungen mit *Vershofen* und im Konflikt mit dem Nürnberger Oberbürgermeister aus dem Institut aus. Er hatte sich wiederholt geweigert, der Deutschen Arbeitsfront und dem NS-Dozentenbund beizutreten. *Erhard* gründete mit Unterstützung befreundeter Persönlichkeiten der Reichsgruppe Industrie in einem bescheidenen Rahmen eine neue Forschungsstätte mit Sitz in Nürnberg unter dem Namen „Institut für Industrieforschung“.

Die erste Arbeit, die *Erhard* dort aufnahm, galt den ökonomischen Folgen des Krieges, insbesondere für das Geldwesen und die öffentlichen Finanzen. Er entwarf eine Studie mit einem Umfang von 268 Seiten, die den Titel trug: „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ und unter dem Namen „Denkschrift 1943/44“ aus Anlass seines 75. Geburtstages im Januar 1972 veröffentlicht wurde. Die Denkschrift entstand im Rahmen der Nachkriegsplanungen eines Arbeitskreises der Reichsgruppe Industrie nicht auf Anregung *Carl Goerdelers*, doch auch im Gedanken an ihn und in Anknüpfung an einen über Jahre hinweg geführten Gedankenaustausch. *Erhard* mochte damals glauben, seine Vorstellungen nach Ende des Krieges mithilfe *Goerdelers* verwirklichen zu können. Dass dieser Gedanke nicht ganz dem Bereich der Utopie zuzurechnen war, zeigt ein Hinweis *Goerdelers* in einer Niederschrift mit dem Titel „Die Aufgaben der deutschen Zukunft“, die er auf der Flucht zwischen dem 20. Juli und dem 11. August 1944 verfasst hatte. Sie kann als sein politisches Testament betrachtet werden. Dort heißt es: „*Dr. Erhard* vom Forschungsinstitut der deutschen Industrie in Nürnberg hat über die Behandlung dieser Schulden eine sehr gute Arbeit geschrieben, der ich im Wesentlichen beistimme. Er wird Euch gut beraten.“

Nach dem 20. Juli, dem Tag des Attentates auf *Hitler*, kamen auch für *Erhard* harte Zeiten des Wartens und der Sorge um die Familie und die eigene Freiheit. Er musste damit rechnen, dass Briefe, die er an *Goerdeler* geschrieben hatte, von den Machthabern als Teil des Widerstandes gegen *Hitler* ausgelegt werden würden. Einige Zeit hielt er sich versteckt und kam nicht in die Familienwohnung in Dambach. Er blieb jedoch unbehelligt. Der Tochter *Elisabeth*, die in Würzburg studierte, schrieb er damals in einem Brief: „Unsere Zeit wird kommen.“

V.

Unmittelbar nach der Besetzung Fürths wurde *Ludwig Erhard* von den amerikanischen Besatzungsbehörden beauftragt, das Wirtschaftsleben der Stadt wieder in Gang zu bringen. Er schien den Amerikanern anschließend für weitergehende Aufgaben geeignet. Der Militärgouverneur von Bayern berief ihn im Oktober 1945 zum Minister für Handel und Gewerbe in der Bayerischen Landesregierung, die unter Führung des Sozialdemokraten *Wilhelm Hoegner* stand. *Erhard* war parteilos und wurde in der Kabinettsliste mit der Bezeichnung „Linksdemokrat“ geführt. Die Aufgaben des Bayerischen Wirtschaftsministers erschöpften sich im Wesentlichen darin, den Mangel an Waren zu verwalten. Grundsätzliche Reformen waren

noch nicht möglich. *Erhard* hatte 1945 in Fortführung seiner Denkschrift von 1943/44 eine Studie ausgearbeitet, die sich konkret mit Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues beschäftigte. Sie war für Wissenschaftler, Politiker und die Militärregierung bestimmt. An der Jahreswende 1945/46 erklärte er, eine nur bayerische Wirtschaftspolitik könne die anstehenden Probleme nicht lösen, dies sei nur im deutschen Rahmen und in einer Zusammenarbeit über Deutschlands Grenzen hinaus möglich. Für eine Reihe bayerischer Politiker waren diese Worte eine Kampfansage. *Erhard* isolierte sich immer mehr. Es kam auch zu Klagen über die Führung des Ministeriums. Nach den Landtagswahlen vom Herbst 1946 wurde eine neue Landesregierung unter Ministerpräsident *Ehard* (CSU), an der sich die SPD und die WAV beteiligten, gebildet, der *Erhard* nicht mehr angehörte. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss sollte die gegen *Erhard* erhobenen Vorwürfe, Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung von Warenbezugsscheinen nicht verhindert zu haben, untersuchen. Der Abschlussbericht des Ausschusses enthielt eine Ehrenerklärung für *Erhard*. Das Verfahren verlief im Übrigen im Sande.

Erhard fand, entlastet von öffentlichen Ämtern, jetzt Zeit, sich ganz auf die konzeptionelle Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsreform zu konzentrieren. Da er wusste, dass ein solches Vorhaben nicht gegen die Bevölkerung, sondern besser mit ihrem Verständnis verwirklicht werden konnte, begann er eine ausgedehnte publizistische Kampagne. Hauptorgan war die von den Amerikanern herausgegebene überregionale liberale Tageszeitung „Die Neue Zeitung“. Dort erschienen vom September 1946 bis zum März 1948, dem Monat seiner Wahl zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, zwölf längere Aufsätze über grundsätzliche wirtschafts- und währungspolitische Themen. Diese Artikel sollten geistig das Terrain für die Beendigung der Zwangswirtschaft vorbereiten, die unter *Hitler* schon 1936 in Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg eingeführt worden war und von den Alliierten nach dem Kriege nicht aufgehoben wurde. Zusammen mit der Denkschrift 1943/44 geben seine Aufsätze und Reden der ersten Nachkriegszeit ein klares Bild der Wirtschaftsordnung, die *Erhard* anstrebte. Er war in einer langen Periode intensiven Schaffens einer ihrer geistigen Väter geworden, dem es dann vergönnt war, die von ihm gewollte freiheitliche Ordnung politisch zu verwirklichen. Er stand in diesen Jahren in einem regen geistigen Austausch mit Wissenschaftlern und Politikern, vor allem mit Geheimrat *Adolf Weber*, dem großen deutschen Nationalökonom, und seinem Kreis in München. An der dortigen Universität war *Erhard* seit 1947 Honorarprofessor für Wirtschaftswissenschaften.

VI.

Zwischen vielen deutschen Fachleuten, die sich Gedanken über die Neuordnung der Wirtschaft nach dem Kriege machten, und den zuständigen alliierten Behörden, die die oberste Macht in Deutschland darstellten, bestand Übereinstimmung darüber, dass die Reform der Währung am Anfang stehen müsse. Über den Weg dorthin wurde im Frankfurter Wirtschaftsrat erbittert mit dem Ergebnis debattiert, eine besondere Behörde bei der Verwaltung für Finanzen zu bilden, die – besetzt mit den besten Fachleuten – die deutschen Vorschläge für eine Währungsreform formulieren sollte. So entstand mit Sitz in Bad Homburg die Sonderstelle Geld und Kredit unter Vorsitz von *Erhard*. Im April 1948 – nach dem Ausscheiden *Erhards* aus der Sonderstelle – konnte den Alliierten ein Gesetzentwurf zur Neuordnung des Geldwesens, der sogenannte Homburger Plan, vorgelegt werden, der allerdings nur zum Teil bei der Währungsreform am 20. Juni 1948 Beachtung fand.

Ludwig Erhard wurde im März 1948 zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt und übernahm damit eine umfassendere Verantwortung. Dieses ermöglichte ihm, der Neuordnung der Nachkriegswirtschaft in Westdeutschland seinen persönlichen Stempel aufzudrücken, politisch getragen von den Stimmen der CDU/CSU und der FDP, der Deutschen Partei, des Zentrums und der WAV. In seiner großen Programmrede vom 21. April 1948 vor der Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erklärte er, dass „die deutsche Wirtschaftspolitik heute und für die nächste Zukunft unter dem Aspekt zweier großer Entscheidungen stehe“: der Währungsreform und der Aktivierung des *Marshall-Planes*, jenes großen Hilfswerkes für Europa, das wenige Wochen zuvor durch Präsident *Truman* verkündet worden war und an dem neben sechzehn europäischen Staaten auch die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands Anteil haben sollten.

„Deutsche Wirtschaftspolitik“ sagte er, weil die Deutschen trotz der Einschränkungen ihrer Entscheidungsfreiheit auf manchen Gebieten der Verantwortung für ihr künftiges Schicksal nicht enthoben seien. Die Währungsreform allein reiche nicht aus, eine Wende zum Besseren zu bringen. Die Zwangswirtschaft müsse abgeschafft werden. Er beabsichtige nicht, den Mangel gleichmäßig zu verteilen, sondern ein Mehr an Gütern zu schaffen. Das Bezugs-scheinwesen und die Preisbindungen gelte es, möglichst mit einem Schlag zu überwinden.

Zusammen mit wenigen vertrauten Mitarbeitern bereitete er die notwendigen administrativen Maßnahmen vor, die von seinen Gegnern, aber auch von vielen seiner Freunde und manchen Fachleuten als eine risikoreiche Radikalkur eingeschätzt wurden. Es kam ihm auf die güterwirtschaftliche Absicherung der Währungsreform an. Nur so könne die Inflation überwunden werden. Er vertraute ganz auf die Kräfte, die Wettbewerb und Leistungsstreben entfachten. Der Durchbruch zu dieser Politik fand in den Sitzungen der Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 17. und 18. Juni 1948 durch die Annahme des sogenannten Leitsatzgesetzes statt, das *Ludwig Erhard* zusammen mit seinem Mitarbeiter *Leonhard Miksch* entworfen hatte. Mit diesem Gesetz wurde den Kräften des Marktes eindeutig der Vorrang vor behördlichen Interventionen gegeben. Bevor die Alliierten das Inkrafttreten des Gesetzes genehmigten, hob *Erhard* am 20. Juni 1948, am Tage der Einführung des neuen Geldes, der D-Mark, ohne Rücksprache mit den Alliierten den größten Teil der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften auf. Neunzig Prozent der Preisvorschriften wurden außer Kraft gesetzt, der Preisstopp, der seit 1936 gegolten hatte, aufgehoben und kurze Zeit später die Gewerbefreiheit wieder eingeführt und der Lohnstopp beendet. Die Währungsreform wurde so durch eine Wirtschaftsreform ergänzt und damit zu einem Erfolg. Die Nichtbeteiligung der Alliierten an den Preis- und Bewirtschaftungsfreigaben führte zu Verstimmungen, die allerdings durch *General Lucius D. Clay*, den amerikanischen Militärgouverneur, zugunsten von *Erhard* entschieden wurden. Als historische Aussage von *Erhard* ist aus dem Gespräch mit *Clay* der Satz erhalten geblieben: „Ich habe die Vorschriften nicht geändert (was ihm nur mit alliierter Genehmigung erlaubt war), ich habe sie außer Kraft gesetzt (was nicht ausdrücklich geregelt war).“ *Erhard* hat es übrigens später wiederholt bedauert, in diesen ersten Liberalisierungsmaßnahmen nicht noch weiter gegangen zu sein, denn es war ein mühsamer Prozess, den Bereich der freien Märkte im Laufe der folgenden Zeit weiter auszudehnen.

Welche Wirkungen hatten Wirtschafts- und Währungsreform? *Jacques Rueff*, der große französische Nationalökonom, berichtet hierüber in seinen Beobachtungen: „Vom Juni 1948 ab änderte sich alles mit einem Schlage. Alle Kurven stiegen steil an. Die Produktion der Landwirtschaft und die der Industrie erwachten im gleichen Augenblick. Der Wiederaufbau er-

reichte ein solches Tempo, wie man es sich in keinem der benachbarten Länder auch nur vorstellen konnte.“ *Jacques Rueff* fährt fort: „Der Aufstieg setzte auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens auf den Glockenschlag mit dem Tage der Währungsreform ein. ... Noch am Abend vorher liefen die Deutschen ziellos in den Städten umher, um kärgliche zusätzliche Nahrungsmittel aufzutreiben, am Tage darauf dachten sie nur noch daran, sie zu produzieren.“

Aber dieser Bericht eines Augenzeugen übersieht jenen Teil der deutschen Bevölkerung, der, zunächst durch unvermeidbare Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit irritiert, dem *Erhardschen* neuen Kurs mit großer Skepsis gegenüberstand.

Die Wochen nach der Währungsreform gehörten zu den turbulentesten Epochen der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Die Marktwirtschaft wurde wenige Tage nach ihrer Einführung vor die härteste Bewährungsprobe gestellt. Der lange Jahre aufgestaute, fast unbegrenzte Nachhol- und Ersatzbedarf, die ungedeckte Nachfrage der Konsumenten drängten mit ungestümer Gewalt auf die von den größten Fesseln der Bewirtschaftung befreiten Märkte. Jeder Deutsche hatte am 20. Juni 1948 vierzig Deutsche Mark erhalten, die sogenannte Kopfquote, die Reichsmarkspareinlagen waren auf 6 ½ Prozent in neuer Währung abgewertet worden, das Verbot von Kontokorrentkrediten aufgehoben.

Zum 12. November 1948 riefen die Gewerkschaften zu Arbeitsniederlegungen und zu Kundgebungen auf. Sie richteten sich gegen den für die Wirtschaft verantwortlichen deutschen Wirtschaftsdirektor, *Prof. Erhard*. Aber knapp ein Jahr später war *Erhard*, inzwischen Bundesminister für Wirtschaft, Gast und Redner beim Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Stuttgart, bei dem *Hans Böckler*, der Fürther Landsmann *Erhards* und sein Gesprächspartner in den schwierigen Fragen des Übergangs von der Zwangswirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft, zum ersten Vorsitzenden des DGB gewählt wurde. Dass das System der Richtungsgewerkschaften Weimarer Prägung durch eine Einheitsgewerkschaft abgelöst wurde, entsprach ganz den Vorstellungen *Erhards*. *Erhard* stand über viele Jahre hinweg sowohl als Bundeswirtschaftsminister als auch als Bundeskanzler in einem regelmäßigen Gedankenaustausch mit den führenden Gewerkschaftern. Der Kontakt mit den Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft war gleichfalls eng. Von Anfang an war das Verhältnis *Erhards* zu den Verbänden des Handwerks vertrauensvoll und über lange Zeiten ausgesprochen freundschaftlich. Ähnliches ist für die Gruppierungen des Handels zu sagen. Anders verhielt es sich zunächst mit der gegenseitigen Einschätzung von *Erhard* und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Hier stand bis 1957 der Kampf um die Anlage des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz), die Frage, ob Missbrauchs- oder Verbotsprinzip, einer gedeihlichen Zusammenarbeit im Wege.

Erhard wusste, dass die Zersplitterung des Weimarer Parteiengefüges, die Vorbehalte gegen die Republik von 1919, das Fehlen eines überzeugenden wirtschaftspolitischen Programmes, der Verzicht auf eine Neuintegration des Volkes nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und andere Faktoren zur Radikalisierung der Massen, zu *Hitler* und zum Zerschlagen des demokratischen Ansatzes geführt hatten. Für die Weltwirtschaftskrise von 1928/32 erwies sich kein Land anfälliger als Deutschland. Der Sturz des Reiches war 1945 folgenreicher als der von 1918. Aber ein zweites Weimar konnte verhindert werden. Die Gründe: Die Reformen von 1948 waren etwas Neues und Mitreißendes, was bis dahin in keinem anderen Land versucht worden war: Die Verknüpfung von Freiheit und Ordnung, die Bejahung des Staates, das einigende Band einer gemeinsamen Bedrohung, der Appell an die Selbstverantwortung, die

Einleitung des Prozesses des Abbaus der Bürokratie und die Befreiung der Selbstheilungskräfte wirkten sich in einem Maße stimulierend aus, wie es von nur wenigen erwartet worden war.

Erhard war ohne Unterlass damit beschäftigt, den Menschen klarzumachen, dass sie selbst Herr ihres Geschickes seien. Er sprach mit den Unternehmern, die sich nun auf den frischen, manchmal durchaus unangenehmen Wind des freien Wettbewerbs umstellen mussten; große Teile der schwerindustriellen Produktionskapazitäten und der gesamten Infrastruktur und der Wohnungen waren zerstört. Andere Industrien mussten zugunsten der Siegermächte demonstriert werden.

Die politische Absicherung der *Erhardschen* Politik im Wirtschaftsrat konzentrierte sich auf die Unionsparteien und die FDP, die, mehr als es ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprach, Einfluss ausübte und eine wichtige Stütze *Erhards* war.

Mit *Konrad Adenauer* bestand seit einem Telefonanruf *Adenauers* nach der Programmrede *Erhards* vom 21. April 1948 Kontakt. Er wurde einige Wochen später bei einer Begegnung in Bonn fortgesetzt. Bei dieser Gelegenheit wurde *Erhard* von *Adenauer* eingeladen, bei dem Parteitag der CDU der Britischen Zone am 28. August 1948 in Recklinghausen zu sprechen. Diese Rede benutzte *Erhard*, um sich mit einigen führenden Männern in der CDU auseinanderzusetzen, die seiner Politik nicht folgen mochten oder ihr noch reserviert gegenüberstanden. Das waren nicht wenige, nicht nur in den Sozialausschüssen, obwohl ihr Hauptsprecher im Wirtschaftsrat, *Theodor Blank*, der spätere Verteidigungs- und Sozialminister, sich hinter *Erhard* gestellt hatte. Ihm kam ein großes, man kann sagen historisches Verdienst dafür zu, dass sich *Erhard* mit seiner Politik durchsetzen konnte.

Erhard rückte seine Reformen in dieser Rede in den größeren Zusammenhang einer allgemeinen Wende von der Zwangswirtschaft zur Marktwirtschaft, die mehr sei als eine engere wirtschaftliche Maßnahme: „Wir haben damit unser gesellschaftswirtschaftliches und soziales Leben auf eine neue Grundlage und vor einen neuen Anfang gestellt. Wir mussten abschwören der Intoleranz, die über die geistige Unfreiheit zur Tyrannei und zum Totalitarismus führt.“ *Ludwig Erhard* ging später in einem Gedenkartikel zu *Adenauers* hundertstem Geburtstag auf dessen Reaktion auf seine Recklinghauser Rede ein: „Schon kurz nach dem Parteitag in Recklinghausen sah ich *Konrad Adenauer* wieder. Er selbst erwähnte einige Zeit später bei der Sitzung des Zonenausschusses der CDU am 24./25. Februar 1949 in Königswinter diese Begegnung. In der Diskussion im Anschluss an mein Referat sagte er: „Als *Professor Erhard* vor einem halben Jahr in Recklinghausen sprach und dort mit einer sehr starken Kraft verkündete, es würde anders werden, da – ich gestehe es offen – habe ich gesagt: Ausgezeichnete Rede, hoffentlich trifft alles ein. Wenn wir rückwärts schauen, dann können wir sagen, es ist eingetroffen, zwar noch nicht bis zum letzten Rest, dafür war die Zeit zu kurz. Heute aber kann man doch das eine feststellen: dass die Prinzipien, die uns Herr *Erhard* dargelegt hat und nach denen er arbeitet und handelt, wirklich gute Prinzipien sind“.

Die Zusammenkunft in Königswinter bleibt aus einem anderen Grunde bemerkenswert. Auf meinen Vorschlag bildete sich ein Kreis von Persönlichkeiten aus der CDU, der westlichen Zonen und Berlins unter Beteiligung der CSU, der es übernahm, ein Wirtschaftsprogramm der CDU zu entwerfen. Die Ergebnisse der Arbeit dieses Programmausschusses wurden einer breiteren Öffentlichkeit als „Düsseldorfer Leitsätze der CDU“ am 15. Juli 1949 bekannt gegeben. Charakteristisch für die damals zwischen *Konrad Adenauer* und mir bestehende Übereinstimmung war ein Hinweis *Adenauers* nach meinem Referat in der Diskussion über das weite-

re Vorgehen und die Zusammensetzung der Programmkommission: „Herr *Professor Erhard* hat die Grundprinzipien so klar herausgestellt, dass wir, wenn wir den Vortrag schriftlich haben, die Leitsätze sehr schnell daraus entwickeln können.“

Welches politische Gewicht *Erhard* im öffentlichen Bewusstsein erlangt hatte, zeigte eine Emnid-Umfrage vom Juni 1949. Auf die Frage an dreitausend Westdeutsche, welche Politiker man „in der Regierung des künftigen Bundesstaates“ vertreten sehen möchte, antworteten nur 35 Prozent mit der Nennung von Namen. Davon entfielen 60 Prozent auf sechs Persönlichkeiten: *Dr. Kurt Schumacher* (13 Prozent), *Prof. Dr. Ludwig Erhard* (13 Prozent), *Dr. Konrad Adenauer* (11 Prozent), *Prof. Dr. Carlo Schmid* (9 Prozent), *Karl Arnold* (8 Prozent) und *Hermann Pünder* (6 Prozent).

VII.

Im Mittelpunkt der Bundestagswahlen 1949 stand die Auseinandersetzung um den von *Erhard* seit der Währungsreform eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs. Das kam auch in den Wahlparolen von CDU, SPD und FDP zum Ausdruck: Die CDU warb mit dem Slogan:

„1947 – Hunger, Not, Elend.
1949 – Vorwärts! Aufwärts!
Der Erfolg der CDU.“

Die SPD personalisierte den Wahlkampf mit der Parole:

„Professor Erhard – CDU, ruiniert die Wirtschaft.
Wer SPD wählt, wählt den Aufbau.“
„Nun erst recht: Sozialisierung! SPD.“
„Deutschland darf nicht sozialistisch werden“

war der Werbespruch der FDP.

Dass man von *Erhard*-Wahlen sprach, ist nicht verwunderlich und bedeutete keine Schmälerung *Konrad Adenauers*, der damals der Vorsitzende der CDU der Britischen Zone war und als Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ausgearbeitet hatte, hohes Ansehen genoss und trotz seiner damals 73 Jahre starken politischen Ehrgeiz entwickelte, den schon bald führende Männer der CDU zu spüren bekamen. Die CDU/CSU wurde stärkste Fraktion, und die Parteien, die sich für *Erhards* Wirtschaftspolitik ausgesprochen hatten, erreichten die Mehrheit der Stimmen. *Adenauer* bildete im Wesentlichen mit ihnen sein Kabinett, dem *Ludwig Erhard* als erster Bundeswirtschaftsminister angehörte, nachdem er in Ulm/Heidenheim als Direktkandidat der CDU gewählt worden war und die Landesliste der CDU in Württemberg-Baden angeführt hatte.

In den ersten Regierungsjahren, die zugleich eine erste Bewährungsphase der jungen deutschen Demokratie waren, standen der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft, die Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge mit den starken Anforderungen an die wirtschaftliche Kraft und der Kampf gegen die Demontagen im Vordergrund der Gesamtpolitik, aber vor allem auch der Politik des Wirtschaftsministeriums. Berlins Landzugänge wurden in den Jahren 1948/49 402 Tage von den Sowjets blockiert. Die Alliierten forderten einen deutschen Verteidigungsbeitrag. *Robert Schuman* präsentierte seinen Plan für die Gründung der Montanunion. Der Koreakrieg stellte auch die Bundesrepublik

vor schwierige Aufgaben. Vor allem dieser fernöstliche Konflikt, der Auswirkungen in der ganzen Welt hatte, war eine Herausforderung und Bewährungsprobe für die neue Wirtschaftspolitik. Die meisten Staaten suchten in der Einführung dirigistischer Maßnahmen der Verknappung wichtiger Rohstoffe zu begegnen. Auch im deutschen Regierungslager, aber vor allem in den alliierten Verwaltungen, gab es nicht wenige, die den Instrumenten der Bewirtschaftung mehr vertrauten als der Aufrechterhaltung freier Märkte. *Erhards* politische Gegner versuchten, ihn mit einem Misstrauensvotum im Bundestag zu stürzen. Aber der Wirtschaftsminister zeigte, dass die von ihm durchgesetzte Ordnung nicht nur für Schönwetterperioden geschaffen war. Sein Ruf, auch schwierige Zeiten überwinden zu können, festigte sich in diesen Jahren im In- und Ausland und verschaffte ihm Vertrauen, vor allem auch in den breiten Schichten der Bevölkerung. Das von *Erhard* nicht geliebte Wort vom „Deutschen Wirtschaftswunder“ kam auf. Aber *Erhards* Politik blieb ein ständiger Kampf – trotz der offensichtlichen Erfolge. Große Redeschlachten mit politischen Gegnern, vor allem mit seinem sozialdemokratischen Widersacher *Erik Nölting*, vor Tausenden von Zuhörern bleiben vielen Teilnehmern unvergesslich und steigerten sein Ansehen, das besonders im gewerblichen Mittelstand und bei den breiten Massen verankert war. Diese Konsolidierung kam auch der Union zugute, die bei den Bundestagswahlen 1953 ihre Mehrheit ausbauen konnte. Es zeigte sich, dass die Entscheidung *Erhards*, mit der Union zu gehen und nicht mit der FDP, richtig gewesen war. *Erhards* Politik hing von der Zustimmung der Massen ab, und die war eher mit einer Volkspartei wie der Union zu erringen. *Theodor Heuss* hatte übrigens Verständnis für *Erhards* Entschluss gezeigt.

VIII.

Deutschlands Integration in die Weltwirtschaft war für *Erhard* die Voraussetzung für das Gelingen seines großen Reformwerkes. In seinen zahlreichen Reden und Artikeln und in vielen Konferenzen sprach er diese Überzeugung immer wieder aus. Die Bundesrepublik sei auf den Handel mit der ganzen Welt angewiesen und werde sich dem fairen Konkurrenzkampf stellen. Als *Erhard* Anfang 1950 mit dem britischen Schatzkanzler, *Sir Stafford Cripps*, in der Schweiz zusammentraf, um mit ihm wirtschaftliche und soziale Probleme zu erörtern, berichtete er *Sir Stafford* auch über seine Absicht, die deutschen Exportanstrengungen zu verstärken. *Cripps* hielt diesen Plan für unrealistisch und fragte: „Wohin wollen Sie dann Ihre Waren liefern?“ *Erhards* Antwort: „In dieselben Länder, in denen Großbritannien Fuß gefasst hat“, nahm *Cripps* mit Erstaunen und – wie *Erhard* zu erkennen glaubte – mit Missfallen auf.

Tatsächlich war die Wirtschaft der Bundesrepublik schon in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre auf den Märkten der ganzen Welt wieder vertreten. Sie hatte gleichzeitig begonnen, durch Direktinvestitionen, mit eigenen Niederlassungen, Produktionsstätten und Beteiligungen draußen Fuß zu fassen. Diese expansive Politik war nur möglich, weil *Erhard* bewusst die Handelspolitik als Teil einer umfassenden Gesamtwirtschaftspolitik handhabte. Der Abbau der Devisenzwangswirtschaft mit dem Ziel der Wiederherstellung der freien Konvertibilität gehörte damals zu *Erhards* Hauptthemen und wurde gleichzeitig zum Gegenstand zahlreicher internationaler Konferenzen, sodass angelsächsische Zeitungen von ihm als „Mister Convertibility“ sprachen. Ende 1958 konnte *Erhard* die Einführung der vollen Austauschbarkeit der Währungen von zwölf Ländern würdigen. „Derjenige, der die Devisenzwangswirtschaft (die in den frühen dreißiger Jahren in Deutschland eingeführt worden war) überwindet, hat mehr für Europa getan als alle Gremien, Institutionen, Parlamente und Regierungen zu-

sammengenommen.“ Mit diesen Worten beurteilte *Erhard* die politische Wirkung der Einführung der Konvertibilität.

IX.

Für *Erhard* war die soziale Verpflichtung unverzichtbarer Teil seiner Gesamtpolitik. Dass *Erhard* das Soziale weniger in den Versuchen sah, zu „gerechten“ Verteilungssystemen zu kommen, sondern vielmehr darin, das Sozialprodukt zu mehren, um die verteilungsfähige Masse zu vergrößern, ist von ihm nicht nur oft ausgesprochen worden, sondern war Gegenstand seiner praktischen Politik. Die beste Sozialpolitik war für ihn eine gute Wirtschaftspolitik, denn sie vermeidet die schwersten sozialen Belastungen wie Inflation und Massenarbeitslosigkeit. Selbstverantwortung und Selbsthilfe waren für *Erhard* auch im sozialen Bereich unverzichtbar. Er gab deshalb diesem Grundsatz den Vorrang. „Es ist notwendig, dass das Subsidiaritätsprinzip als eines der wichtigsten Ordnungsprinzipien für die soziale Sicherung anerkannt und der Selbsthilfe und Eigenverantwortung soweit wie möglich der Vorrang eingeräumt wird“, schrieb *Erhard* 1956, als es um die Reform des sozialen Sicherungssystems ging. Die Priorität der Wirtschaftspolitik sollte keine Schwächung, sondern eher eine Stärkung der Sozialpolitik mit sich bringen. Vor allem sollte diese Neuorientierung Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins der Bürger einer freien Gesellschaft sein. *Erhard* wollte, dass soziales Handeln sich nicht in erster Linie daran misst, wie viel Rechtsansprüche der Einzelne an den Staat stellen kann, sondern an seiner Fähigkeit und Möglichkeit, seine Geschicke in eigener Verantwortung zu gestalten. *Erhard* sprach dies in den fünfziger Jahren aus, einem Jahrzehnt, in dem der Anstieg des Volkseinkommens pro Kopf real doppelt so groß war wie in den anderthalb Jahrhunderten von 1800 bis 1950 und die soziale Sicherheit und materielle Versorgung des einzelnen Bürgers einen noch nie gekannten Höchststand erreicht hatte. Die Einführung der dynamischen Rente im Jahre 1957 war nur als Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik möglich. Erst sie schuf die materiellen Voraussetzungen für eine Teilhabe der Rentner am Arbeitsergebnis der gesamten Volkswirtschaft.

Besondere wirtschaftspolitische Aufgaben mit sozialpolitischem Hintergrund ergaben sich aus den Folgen von Krieg und Vertreibung. Flüchtlinge und Vertriebene erwarben sich große Verdienste um den Wiederaufbau. *Erhard* hat dies wiederholt gewürdigt.

Bereits in seiner Denkschrift 1943/44 hatte *Erhard* den Fragen nach einer gerechten „Lastenverteilung nach dem Krieg“, unter Verwendung des Wortes „Lastenausgleich“, eine zentrale Rolle eingeräumt, denn die einzelnen Bürger waren durch das Kriegsgeschehen und seine Folgen durchaus unterschiedlich in Mitleidenschaft gezogen worden.

X.

Ludwig Erhards Name wird stets mit dem Wort „Maßhalten“ in Verbindung gebracht werden. Die öffentlichen Appelle an die Bevölkerung oder einzelne Gruppen gehörten – deutlich von 1948 an – zu *Erhards* wirtschaftspolischem Instrumentarium. Er hat sich wiederholt dazu bekannt, denn das wirtschaftliche Geschehen vollziehe sich nicht nach starren mechanischen Gesetzen im beziehungslosen Raum. Das wirtschaftliche Schicksal werde vielmehr von dem Verhalten der Menschen bestimmt, und weil dieses wiederum von Hoffnungen, Befürchtun-

gen, von Vertrauen und Zweifeln geformt werde, bleibe es eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe, Einfluss auf die Geister, Seelen und Herzen der Menschen zu gewinnen.

Erhard wandte sich an den selbstverantwortlichen Bürger. Er sollte sich seines Einflusses stärker bewusst werden – auch gegenüber den Verbänden und den kollektiven Großorganisationen. Die Einladung an den Bürger zum Mitdenken und zur Teilhabe am Entscheidungsprozess machte einen wesentlichen Teil der politischen Wirkung *Erhards* in diesen Jahren aus. Wirtschaftspolitik brauchte nach seiner Meinung Öffentlichkeit. Sie verlange Diskussion, öffentliche Zustimmung oder Ablehnung. Sein Glaube an die Vernunft des Menschen und ihre Macht war unzerstörbar.

Eines wurde in jedem Fall erreicht: Die Bürger der Bundesrepublik blieben Geldwertbewusst. Das Wort Inflation erinnerte die meisten an Entbehrungen und Not. *Erhard* beschäftigte aber noch eine andere Sorge. Auch sie schlug sich in Maßhalte-Reden nieder. Seine Sorge war, dass die deutsche Gesellschaft, die sich verständlicherweise in der Not der Kriegs- und Nachkriegsjahre der Sicherung der nackten Existenz zugewandt hatte, im Materiellen befangen bleiben könnte. Schon in seiner Antrittsrede als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft im April 1948 hatte er darauf verwiesen, dass alle materiellen Anstrengungen des Wiederaufbaus im Letzten außerökonomischen Zielen dienen sollten. Dass Wirtschaften, seine Ordnung, die Wirtschaftspolitik, die ethisch geistigen Werte eines Volkes beeinflussen können, seine Moral, seine Einstellung zur politischen Freiheit, war *Erhard* und seinen Freunden immer bewusst. *Erhard* und *Wilhelm Röpke* waren sich darin einig, dass „Marktwirtschaft nicht genug ist“, dass Marktwirtschaft, wie *Röpke* schrieb, „eine zwar notwendige, aber keine ausreichende Bedingung einer menschenwürdigen, produktiven, ergiebigen und freien Wirtschaftsordnung“ ist und dass ein „nationalökonomisch dilettantischer Moralismus ... genau so abschreckend (ist) wie moralisch abgestumpfter Ökonomismus“.

Ludwig Erhard ist oft bei seinen Versuchen, den Unternehmern und Gewerkschaften Verständnis für „die rechten Maße“ nahe zu bringen, auf dieser Gratwanderung zwischen dem ökonomisch Notwendigen und dem ethisch Gebotenen, missverstanden worden. Er hat sich nicht entmutigen lassen. Die Erfolge seiner Appelle lagen offensichtlich in der atmosphärischen Wirkung, in dem Klima, das er schuf. Es wurde schwerer für die organisierten Gruppeninteressen, sich durchzusetzen. Er „sprach die Preise herunter“, wenn es ihm notwendig erschien, betätigte sich als erfolgreicher Vermittler in Lohnkämpfen und scheute sich nicht, *Konrad Adenauer* in der Öffentlichkeit zu widersprechen, wenn er den Eindruck gewann, dass dessen Verständnis für Wünsche der Industrie nicht im allgemeinen Interesse lag. Natürlich blieben Rückschläge nicht aus. Später, in seiner Kanzlerzeit, als er keinen eigenen „*Erhard*“ als Wirtschaftsminister hatte und die Aufgaben als Kanzler und die permanenten Auseinandersetzungen – nicht so sehr die mit der Opposition, sondern mit seinen innerparteilichen Gegnern – seine ganze Kraft verlangten, waren seine rhetorischen Ausflüge in die Gefilde der Wirtschaft nicht immer erfolgreich. Aber sie blieben ein – zunächst unterschätztes – Instrument wirtschaftspolitischer Führung, das später auch von seinen politischen Gegnern angewandt wurde.

Die Rundfunkansprache *Erhards* vom 21. März 1962 ist das Muster einer Maßhalte-Rede. Dem Entschluss des Bundeswirtschaftsministers, eine solche Rede zu halten, war eine Analyse der weltpolitischen, außen- und binnenwirtschaftlichen Lage vorausgegangen. Er sah, wie die EWG den Wettbewerb auf den Märkten Europas und der Welt verschärfte – in seinen Augen begrüßenswert, aber gleichzeitig eine Herausforderung an die deutsche Leistungskraft. Es

waren die neuen ökonomischen Bedingungen, die der Öffentlichkeit, Unternehmern und Arbeitnehmern bewusst werden sollten. Außerdem wollte *Erhard* zugunsten der Sozialinvestitionen mehr Sinn für Gemeinschaftsaufgaben entwickeln. Die weltpolitische Lage schien sich im Sinne einer Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes zu wandeln. Einige Monate vorher war der Bau der Mauer in Berlin begonnen worden. Alles Zeichen, die *Erhard* Anlass gaben, an den Leistungswillen und die Vernunft der Deutschen zu appellieren.

XI.

Schon früh lässt sich aus den öffentlichen Äußerungen *Erhards* sein Streben nach einer Zusammenführung Europas nachweisen. Auch er war nicht unberührt von der Faszination, die bei vielen, insbesondere bei jungen Menschen, die Vorstellung von einem einigen Europa besaß. Als Wirtschaftspolitiker sah er allerdings von Beginn der Europadiskussion an auch die durchaus unterschiedlichen Möglichkeiten, „Europa“ zu verwirklichen. Er sah vor allem die großen politischen und wirtschaftlichen Chancen, die mit einer Einigung Europas verbunden waren, konnte aber zugleich seine Sorgen, die ihn im Blick auf die ordnungspolitische Gestaltung bewegten, nicht unterdrücken. Hierzu gehörte die Besorgnis, dass planwirtschaftliche Ideen in das europäische Einigungswerk Eingang finden könnten. Vor allem sah er die Gefahr, dass Europa sich im besonderen Maße in Gestalt wachsender Bürokratien und neuer Ämter manifestieren würde. Er wollte dagegen mehr die integrierende Wirkung einer freien internationalen Ordnung mit konvertiblen Währungen und die Freizügigkeit des grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Kapitalverkehrs für Europa nutzen.

Der Versuch von sieben anderen europäischen Staaten, durch die Bildung einer Freihandelszone ein ökonomisches Gegengewicht zu bilden, konnte seine Sorgen nicht beseitigen. Im Herbst 1959 erschienen in vielen deutschen Zeitungen große Anzeigen mit der Unterschrift des Bundeswirtschaftsministers *Prof. Dr. Ludwig Erhard*, die mit der merkwürdigen als Überschrift gewählten Formel „ $6 + 7 + 5 = 1$ “ große Aufmerksamkeit fanden und zu Diskussionen im Bundeskabinett führten. Diese Formel sollte das Ziel und die Notwendigkeit sichtbar machen, dass das Europa der Sechs mit den sieben der Freihandelszone und den fünf nicht gebundenen Staaten zusammengehen sollte, um einen Handelskrieg zu vermeiden. Die Bundesrepublik würde im Falle handelspolitischer Konflikte bei ihrer großen Außenhandelsabhängigkeit besonders in Mitleidenschaft gezogen werden. Die kontroversen Grundpositionen in diesen Fragen personifizierten sich für die Öffentlichkeit in den Namen *Adenauer* und *Erhard*.

Im Europakonzept *Konrad Adenauers* spielte die engere deutsch-französische Freundschaft eine besondere Rolle. Es kam im Januar 1963 zur Paraphierung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages und im Mai 1963 zu seiner Verabschiedung im Deutschen Bundestag, allerdings mit einer Präambel, die vermeiden sollte, dass dieser Vertrag desintegrierend auf die europäische und atlantische Staatengemeinschaft wirkte. Die Frage des englischen Beitritts zur EWG beherrschte zeitweilig die deutsche politische Diskussion. Die Fronten verliefen dabei quer durch die Parteien. Als der französische Außenminister bei einer Tagung des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft am 30. Januar 1963 die unbefristete Vertagung der Beitrittsverhandlungen mit England forderte, kam es erneut zu einer öffentlichen Konfrontation zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und dem Bundeskanzler. Höhepunkt war ein Interview, das *Ludwig Erhard* dem Chefkorrespondenten der Süddeutschen Zeitung, *Ulrich Kempfski*, in Brüssel gab. Es wurde am 5. Februar 1963 veröffentlicht. Das französische Veto

hatte die weiteren europäischen Einigungsbemühungen zunächst beendet. Ein Teil der europäischen Staaten fürchtete, dass das deutsch-französische Bündnis auf Kosten des größeren Zusammenhaltes in der NATO gehen könnte. Damit war der Vertrag in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit ins Zwielicht geraten und der Keim für eine Auseinandersetzung zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ innerhalb der CDU/CSU gelegt, die die Regierungspartei ernsthaft schwächen sollte und den sogenannten „Machtwechsel“ in der Bundesrepublik vorbereitete. *Erhard* sprach am Abend des 30. Januar 1963 in der Tagesschau von einer schwarzen Stunde Europas und sagte, es bedürfe, „um aus den Trümmern wieder ein neues Gebilde zum Leben zu erwecken“, des entschlossenen Willens und des ganzen moralischen Einsatzes. Das Interview, das *Ulrich Kempfski* mit dem Bundeswirtschaftsminister geführt hatte, erschien in der Süddeutschen Zeitung unter der Schlagzeile „Wir wollen nicht auf zwei Schultern tragen“. In der CDU-Führung gab es Stimmen, die meinten, *Erhard* habe sich durch seine offenen Worte aus der Nachfolge *Adenauers* selbst ausgeschlossen. Aber schon weniger als drei Monate später, am 23. April 1963, benannte die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages *Ludwig Erhard* mit 159 gegen 47 Stimmen als Kandidaten für die nach dem Rücktritt *Konrad Adenauers* für Herbst 1963 geplante Neuwahl des Bundeskanzlers.

XII.

Am Ende der vierziger Jahre und während des folgenden Jahrzehnts war *Ludwig Erhard* mit einer Vielzahl von wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen befasst, von denen viele noch Jahre und Jahrzehnte nachwirken sollten. Zu diesen Themen gehörte auch die deutsche Entwicklungspolitik. Ihr Beginn stand zunächst fast ausschließlich unter handelspolitischen Vorzeichen. Nachdem die Bundesrepublik 1952 Mitglied der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds geworden war, förderte *Erhard* als deutscher Gouverneur der Weltbank die Hinwendung der Arbeit von Weltbank und Internationalem Währungsfonds und ihren neu gegründeten Sonderorganisationen zu einer Hilfe für Entwicklungsländer. Damals entstand der Begriff „Entwicklungspolitik“. *Erhard* setzte sich auch in der deutschen Öffentlichkeit dafür ein, den „unterentwickelten Ländern“ zu helfen, was keineswegs populär war, denn die Bundesrepublik hatte die Kriegsfolgen noch nicht überwunden, die Arbeitslosigkeit war hoch, und viele andere soziale Probleme waren noch ungelöst.

Bei der 10. Hauptversammlung der Weltbank und des Währungsfonds im September 1955 in Istanbul sagte *Ludwig Erhard*, er glaube, dass das, was sich in der Bundesrepublik als richtig erwiesen habe, wirtschaftliche Not und Bedrängnis „mittels einer liberalen Wirtschaftspolitik und durch die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte des ganzen Volkes zu lösen“, in der praktischen Politik und den Maßnahmen der entwicklungsfähigen Länder nicht übersehen werden sollte.

Der Anfang in den Jahren nach 1948 trug alle Zeichen des Improvisierens und des Lernens. Es fehlten einfach sowohl Erfahrungen als auch Konzepte und weitverbreitet auch der Wille, sich für die Dritte Welt einzusetzen. Anderthalb Jahrzehnte Isolierung der Deutschen von der Welt blieben auch hier nicht ohne Folgen.

Obgleich die Federführung für Entwicklungspolitik zwischen den Bundesressorts umstritten war – Auswärtiges Amt, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium und andere Ressorts lebten auf diesem Felde in ständiger Fehde –, betrachtete sich *Ludwig Erhard* bis zur Einrichtung eines eigenverantwortlichen Ministeriums im Jahre 1961 auch als „Entwicklungsminister“.

In einem Briefwechsel mit *Konrad Adenauer* und einer Reihe von Besprechungen bereitete *Ludwig Erhard* im Herbst 1958 eine große Asienreise vor. Die Erfahrungen dieser Fünfwochenreise durch acht Länder Südostasiens und des Fernen Ostens sollten für die weitere Anlage der deutschen Entwicklungspolitik bedeutsam werden.

In dem vorangegangenen Briefwechsel mit dem Bundeskanzler setzt sich *Erhard* mit zwei Argumenten auseinander, einmal mit der (auch sonst weitverbreiteten) Meinung *Adenauers*, dass sich die Bundesrepublik „als armes Land“ mit Hilfen nach außen sehr zurückhalten müsse, und der anderen, bei Anlage und Durchführung der Entwicklungspolitik sei außenpolitischen Interessen der Vorrang einzuräumen. *Erhard* erkannte den Primat der Außenpolitik an.

Keine Übereinstimmung bestand zwischen Kanzler und Wirtschaftsminister, in der Beurteilung der Fähigkeit der Bundesrepublik zu helfen. Hierzu *Erhard* im gleichen Schreiben: „Die These aber, dass wir vergleichsweise ein armes Land wären und uns den Anforderungen der unterentwickelten Länder versagen müssten, scheint mir zu einfach zu sein, um geglaubt und von der Weltöffentlichkeit anerkannt zu werden.“

In einer Entwicklungshilfedenschrift *Erhards* für *Adenauer*, die am 15. September 1958 dem Kanzler zugestellt wurde, heißt es: „Kredite können nur dann fruchtbar sein oder erst fruchtbar werden, wenn die wirtschaftliche und technische Rückständigkeit auf breitester Grundlage, sei es durch die Verbesserung der Landwirtschaft oder die Ausstattung der kleinen gewerblichen Wirtschaft mit leistungsfähigeren Apparaturen, überwunden wird.“

Auf der ersten Station dieser Asienreise war *Ludwig Erhard* Staatsgast der indischen Regierung. Er lernte das Land kennen, sah seine Probleme an Ort und Stelle und besuchte das von deutschen Firmen gebaute Stahlwerk Rourkela. Vor dem Indian Council of World Affairs sprach *Erhard* über die Frage, wie weit die deutschen Aufbauerfahrungen auch für andere Länder von Bedeutung sind: „Die wirtschaftliche und soziale Fortentwicklung Indiens verbietet die Nachahmung irgendeines Modells, denn nur aus der gestaltenden Kraft dieses Landes und Volkes selbst lassen sich die rechten Wege aufzeigen. ... Das heißt aber, dass wir dem einzelnen Menschen den Sinn und den Wert seiner Arbeit und Kraftentfaltung bewusst machen und ihm auch den persönlichen Vorteil der besseren Leistung an seiner eigenen Lebensführung vor Augen führen müssen.“ In dieser Rede sagte *Erhard* aber auch Sätze wie diese: „Die nach mehr Wohlfahrt, sozialer Sicherheit und bewusstem Sinn strebenden Völker können mit Vokabeln wie ‚Kapitalismus‘ oder ‚Kommunismus‘ wenig anfangen. ... Während der Kommunismus in der Hinlenkung der menschlichen Arbeit auf Zwecke und Ziele der staatlichen Macht bis zur Vergottung des Kollektivs auf Konsumenten verzichten kann, ist die sogenannte kapitalistische Produktionsweise – die Marktwirtschaft – darauf angewiesen, dass der Massenproduktion auch eine entsprechende Massenkaufkraft gegenübersteht. Nur diese letztere kann die in den Zusammenhang des technischen Fortschritts eingespannte demokratische Welt vor zerstörenden Krisen bewahren. Auf solche Weise wird der historisch viel geschmähte, aber sich ständig wandelnde Kapitalismus zum Motor und Träger des sozialen Fortschritts.“

Über die Eindrücke und Ergebnisse seiner großen Reise sagte *Erhard* in einer Rundfunkansprache am 24. November 1958: „Unser Rat sollte dahin gehen, dass es nicht damit getan ist, große Stahlwerke oder andere Mammutbetriebe zu errichten, denen vielleicht symbolhafte Bedeutung zukommt, deren volkswirtschaftlicher Wert aber problematisch erscheint –, sondern dass es viel nützlicher und dringender wäre, breitflächig und von der Tiefe aus die vor-

handenen Ansätze handwerklicher und gewerblicher Tätigkeit fortzuentwickeln und mit der Beschäftigung möglichst vieler Menschen Kaufkraft auf breiterer Grundlage zu erzeugen.“

Erhard machte sich zum entschiedenen Advokaten einer vernünftigen Partnerschaft mit der Dritten Welt. Warum? Der Minister hat es selbst erklärt: „Nicht zuletzt aus ... politischen Gründen, aber auch aus sittlichen Erwägungen habe ich seit Bestehen der materiellen Voraussetzungen sehr frühzeitig versucht, auf politischer Ebene, aber vor allem im deutschen Volk selbst Verständnis für unsere Verpflichtungen zu finden, jenen notleidenden Völkern in ihren Anstrengungen um die Fortentwicklung ihrer Wirtschaft und ihres sozialen Lebens beizustehen.“

XIII.

Über viele Jahre hinweg war *Heinrich von Brentano*, der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag und spätere Außenminister, bei Umfragen nach dem von der Bevölkerung gewünschten Nachfolger *Adenauers* der Favorit. Von 1956 bis 1959 stieg jedoch die Popularität des Bundeswirtschaftsministers unaufhörlich. Die Ursachen waren offensichtlich: der Erfolg der Wirtschaftspolitik, der fast allen Bürgern zugute kam, und das Missfallen über *Adenauers* Versuche, *Erhard* in seiner Arbeit und damit politisch zu treffen. Man kann sagen, dass *Adenauers* Verhalten ungewollt sehr zur Popularisierung *Erhards* beitrug. Anfang 1959 sprachen sich 50 Prozent der Wähler für *Erhard* als Nachfolger *Adenauers* aus. Das alarmierte *Adenauer*, der zu dieser Zeit in Finanzminister *Franz Etzel* seinen erwünschten Nachfolger sah. Aber *Erhards* Ansehen war auf festen Grundlagen gebaut: Er galt als unbestechlich, als Mann, der Sicherheit und Wohlstand gebracht hatte, als Politiker, dem man vertrauen konnte und der stabiles Geld verbürgte. Schließlich hatten die Bürger in *Erhard* einen Mann erlebt, der im Kampf der Interessen – wenn notwendig – sowohl Wirtschaftsverbänden als auch Gewerkschaften die Stirn gezeigt hatte. Seine Vertrauensbasis war stabil.

Im Februar des Jahres 1959 begann man in den Gremien der Union mit den Vorüberlegungen über die Nachfolge von Bundespräsident *Theodor Heuss*. *Adenauer* schlug *Erhard* als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten vor. Ohne Zustimmung *Erhards* verkündete er dessen Kandidatur. In der Öffentlichkeit gab es eine Welle von Protesten. Vor allem die Fraktion der CDU/CSU war ganz anderer Meinung als *Adenauer*. Sie wollte auf *Erhard* als „Wahlkampf-Lokomotive“ nicht verzichten. *Erhard* lehnte öffentlich eine Kandidatur ab. Damit kam er nicht nur einem Wunsche seiner Frau nach, sondern auch dem der weitaus stärksten Teile der Union und der Bevölkerung. Unter dem Druck der CDU erklärte sich daraufhin *Adenauer* zur eigenen Kandidatur bereit, nachdem er nach dem Studium des Grundgesetzes im Amt des Bundespräsidenten eine bis dahin nicht voll ausgeschöpfte Machtfülle erkannt zu haben glaubte. Es gab ein ziemlich unwürdiges Spiel um das höchste deutsche Staatsamt. *Heinrich Lübke*, der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, erklärte sich dann nach langem politischem Hick-Hack auf Wunsch der Fraktion bereit, für die Präsidentschaft zu kandidieren. Das ganze Jahr 1959 war so überschattet durch die sogenannte Präsidentschaftskrise.

Dass *Erhard* und *Adenauer* sich nicht verstanden, jedenfalls über lange Strecken ihres gemeinsamen Weges, hatte neben dem bei *Adenauer* stark ausgeprägten Sinn für die Gefahren, die seiner eigenen Position im politischen Kräftespiel drohen könnten, auch eine Reihe von Gründen, die in der Unterschiedlichkeit der Grundanlagen der beiden Politiker lag. *Erhard*

schrrieb darüber 1976 Folgendes: „Er, der katholische Rheinländer, ich, der protestantische Franke, er Jurist, ich Nationalökonom. Ich hatte bis zu meinem Eintritt in die Politik als Wissenschaftler gearbeitet, *Adenauer* war als Oberbürgermeister von Köln ein angesehener Verwaltungsfachmann und als Präsident des Preußischen Staatsrates im ganzen Reich bekannt. Ich war in seinen Augen ein relativ junger Mann. Bei unserer ersten Begegnung im Sommer 1948 war ich 51 Jahre alt. *Konrad Adenauer* stand wenige Monate vor seinem 73. Geburtstag.“ Aber ein tieferer Gegensatz dürfte in der zwischen beiden so abweichenden Einstellung zum Menschen gelegen haben.

Die Auseinandersetzungen mit *Adenauer* verstärkten sich zu Beginn der sechziger Jahre, als die deutschen Zahlungsbilanzüberschüsse immer mehr internationalen und binnenwirtschaftlichen Ärger bereiteten. *Erhard* sah, dass eine Aufwertung der D-Mark unausweichlich wurde. *Adenauer* versuchte, die Pläne des Wirtschaftsministers zu durchkreuzen. Aber als die Front der Befürworter der Aufwertung nach *Erhard* sowohl den Präsidenten der Bundesbank als auch den Bundesfinanzminister einschloss, musste *Adenauer* zustimmen. *Erhard* konnte Anfang März 1961 eine fünfprozentige Aufwertung der D-Mark verkünden. Diese Aufwertung, vordergründig gesehen ein währungstechnischer Vorgang, münzte sich innenpolitisch als Sieg *Erhards* aus und trug zur Schaffung der inneren und äußeren Stabilität bei. Im Ausland wertete man die deutschen Maßnahmen als Zeichen internationaler Kooperationsbereitschaft.

Bei den Bundestagswahlen 1961 traten *Adenauer* und *Erhard* gemeinsam auf den Plakaten trotz allem als ein Team auf. Der Mauerbau in Berlin und das gute Abschneiden der FDP, die ihren Wahlkampf gegen *Adenauer* geführt hatte, schufen eine neue Lage. *Adenauer* musste sich bereit erklären, in der Mitte der Legislaturperiode, im Herbst 1963, zurückzutreten. Die Fraktion entschied sich im April 1963 in geheimer Abstimmung für *Erhard* als neuen Kanzler. *Erhard* begann im Juni mit zwei vertrauten Mitarbeitern mit den Arbeiten am Entwurf seiner Regierungserklärung. Er vermittelte im Mai 1963 im baden-württembergischen Konflikt der Metallindustrie und verhinderte eine Ausweitung mit einem vernünftigen Kompromiss; er reiste nach Genf, um die sogenannte *Kennedy-Runde*, eine weltweite Zollsenkungsaktion, in Gang zu bringen, die am Gegensatz zwischen Frankreich und den USA zu scheitern drohte, und er setzte sich im niedersächsischen Landtagswahlkampf ein und sorgte mit dafür, dass die CDU ein günstiges Ergebnis errang. Die Erwartungen seiner Partei, dass es *Erhard* gelingen möge, die Stagnation, die seit Jahren das politische Leben der Bundesrepublik belastet hatte, zu überwinden, schienen aufzugehen. *Erhard* wusste, dass es, bei aller Unterstreichung seiner eigenen politischen Linie, die sich – atlantisch in der Außenpolitik angelegt – mit der Bereitschaft verband, die bestehenden Verträge vor allem mit Frankreich mit Leben zu erfüllen, große Anstrengungen kosten würde, ein innen- und außenpolitisches Klima zu erzeugen, in dem auch mit dem Sowjetblock eine friedliche Zusammenarbeit möglich sein würde. Es kam ihm auf Kontinuität an, aber er wusste, dass Beständigkeit in der Politik viel, aber nicht alles ist.

Erhard hatte in *Ludger Westrick*, zwölf Jahre Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums und seit 1964 Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes, und in *Alfred Müller-Armack*, der den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ geprägt hatte, zwei engste Mitarbeiter, die ihm in vielen Kämpfen fest zur Seite standen.

XIV.

Die Übernahme des Kanzleramtes durch den Nachfolger *Adenauers* galt im In- und Ausland als eine Bewährungsprobe der deutschen Demokratie. Im Grunde war diese Betrachtungsweise schwer verständlich, denn Bundeskanzler *Adenauer*, der vierzehn Jahre Chef der Regierung und die beherrschende Persönlichkeit des politischen Deutschland gewesen war, folgte ein Mann, der während dieser vierzehn Jahre als Bundeswirtschaftsminister in Deutschland und in der ganzen Welt großes Ansehen erworben hatte. Historiker schrieben später im Rückblick auf diese Jahre: „Im In- und Ausland wurde der deutsche Wiederaufstieg mit den Personen *Adenauer* und *Erhard* identifiziert, und in Wirklichkeit war die *Adenauer*-Ära eben auch eine *Ära Erhard*.“ Diese Feststellung hatten schon *Hermann Josef Dufhues* und *Franz Josef Strauß* in ihren Würdigungen der Amtsübernahme durch Bundeskanzler *Erhard* getroffen. Die Erwartungen und Hoffnungen der Menschen in Deutschland, die den Kanzlerwechsel wollten, waren sehr hoch – zu hoch vielleicht. Sie wurden noch durch die Regierungserklärung, die *Erhard* zwei Tage nach seiner Wahl zum Bundeskanzler am 18. Oktober 1963 abgab, gesteigert. Seine Politik sei eine Politik der Mitte und der Verständigung, war das Leitmotiv, das *Erhard* seiner großen Rede vor dem Plenum voransetzte. Oft von Beifall – auch von Abgeordneten der Opposition – unterbrochen, gab diese Erklärung der Politik der neuen Regierung eine gute Grundlage.

Es mag Beobachter überrascht haben, dass außenpolitische Aktivitäten und Äußerungen in den ersten Monaten der Kanzlerschaft *Erhards* im Vordergrund standen. Bis März 1964 wurden Abkommen über Außenhandelsvertretungen mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien abgeschlossen. *Erhard* machte seine erste Auslandsreise als Kanzler nach Paris zu einem Antrittsbesuch bei Präsident *Charles de Gaulle*, wenige Tage später nach Washington zur Beisetzung *John F. Kennedys*. Im Dezember 1963 traf er Präsident *Lyndon B. Johnson* auf dessen Ranch in Texas. Es folgten Besuche in Großbritannien, Italien, den Niederlanden und in Belgien, dort als erster deutscher Regierungschef seit dem Ersten Weltkrieg. Seit *Adenauers* Moskareise im Jahre 1955 waren die Sowjets deutlich aggressiver geworden. Mitte 1964 schlossen die Sowjetunion und die DDR einen Freundschafts- und Beistandsvertrag. Bei der Übergabe einer Stellungnahme erklärte der deutsche Botschafter in Moskau für die Bundesregierung, dass *Chruschtschow* jederzeit eine Einladung nach Bonn erhalten könne, wenn er ein Zusammentreffen für nützlich halte. Es folgte zunächst ein Besuch des Schwiegersohnes *Alexej Adschubej* und der Tochter *Chruschtschows*, die dem Bundeskanzler Grüße ihres Vaters und eine Einladung *Chruschtschows* nach Moskau überbrachten. *Erhard* erneuerte seinerseits die deutsche Einladung an den Generalsekretär, die schon *Adenauer* ausgesprochen hatte. Offenbar war auch die Sowjetunion an einem solchen Besuch interessiert, denn am 3. September 1964 gab Moskau bekannt, *Chruschtschow* habe die Einladung zu einem Besuch in Bonn angenommen. Am 14. Oktober 1964 wurde *Chruschtschow* gestürzt. Damit war dieser Zwischenakt in den deutsch-sowjetischen Beziehungen beendet. Es ist offen geblieben, ob *Chruschtschow* gehen musste, weil er mit der westdeutschen Regierung unter *Erhard* verhandeln wollte, oder ob seine gesundheitliche Verfassung ihn zum Rücktritt zwang.

XV.

Als *Ludwig Erhard* auf dem Parteitag der CDU im März 1965 der Öffentlichkeit die Idee der „Formierten Gesellschaft“ und des „Deutschen Gemeinschaftswerks“ präsentierte, konnten

nur wenige etwas mit diesen Begriffen anfangen. Fragen über Fragen beherrschten danach die öffentliche Diskussion, den Wahlkampf und die Kommentierung in Zeitungen und Rundfunk. Auch der Bundestag beschäftigte sich mit diesen Themen. Im Ausland, im Westen und vor allem in den Staaten der sowjetischen Einflussphäre, fanden „Formierte Gesellschaft“ und „Deutsches Gemeinschaftswerk“ relativ große Aufmerksamkeit. *Carlo Mötteli* schrieb in der Neuen Zürcher Zeitung über dieses Thema: „... (es) handelt sich im Grunde genommen um den einzig neuen, in die Zukunft weisenden Gedanken ..., den die CDU/CSU, welche vor siebzehn Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen den heftigen Widerstand der SPD aus der Taufe gehoben und damit den Prozess der Wiederintegration Westdeutschlands in die Weltwirtschaft ermöglicht hat, heute den Wählern unterbreitet. Der Bundeskanzler hat damit jedenfalls eine Frage zur Diskussion gestellt, die in allen Ländern der freien Welt noch einer klaren Antwort harret, nämlich das Problem des Zuordnungsverhältnisses von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft.“

Wie definierte *Erhard* den Inhalt des Begriffes „Formierte Gesellschaft“? „Formierte Gesellschaft heißt, dass diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern dass sie, fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, dass sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht. Diese Gesellschaft, deren Ansätze im System der Sozialen Marktwirtschaft bereits erkennbar sind, formiert sich nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit.

Ergebnis dieser Formierung muss sein: ein vitales Verhältnis zwischen sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik, die Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung, die Sicherheit einer expansiven Weiterentwicklung der Wirtschaft sowie auf die Förderung und Nutzbarmachung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Es ist eine Gesellschaft des dynamischen Gleichgewichts, nicht erstarrtem Eis, sondern bewegter See vergleichbar.“

Für Deutsche enthält der Begriff der „Formierten Gesellschaft“ einen Doppelsinn, der nicht nur seiner Verbreitung, sondern vor allem auch seinem Verständnis im Wege stand, wie sich bald zeigte. Er erinnerte manchen an „Gleichschritt“ und „Kolonnen“ und andere Begriffe aus der Militärsprache. Dabei war es zunächst unbekannt geblieben, dass *Friedrich Schiller* bereits 1790 in seinen Jenenser Vorlesungen den Begriff einer „formierten politischen Gesellschaft“ verwendet hatte – verstanden als Umschreibung der politischen Reife eines Volkes.

Erhard verkündete auf dem Düsseldorfer Parteitag neben der Idee einer „Formierten Gesellschaft“ auch das Projekt eines „Deutschen Gemeinschaftswerkes“. Damit sollten die immer dringlicher werdenden Gemeinschaftsaufgaben in einer umfassenden Infrastrukturpolitik gelöst werden. Schon damals wurde sichtbar, dass der Erhöhung der konsumtiven Sozialleistungen Grenzen gesetzt sind und dass den Sozialinvestitionen ein höherer Rang einzuräumen ist, vor allem als „Voraussetzung für eine bessere Lebensordnung“.

Die Idee entsprang in Wirklichkeit weniger dem Wunsch *Erhards*, einen Beitrag zum Bundestagswahlkampf 1965 zu leisten, bei dem er nicht nur Spitzenkandidat war, sondern auch die Hauptlast der Auseinandersetzungen zu tragen hatte, als vielmehr der Absicht, Gedanken fortzuentwickeln, die er schon in den Jahren zuvor geäußert hatte und die ihn durch alle Stadien seiner politischen Arbeit beschäftigten: Produktion, Konsum und Wirtschaftswachstum verbunden mit materiellem Wohlstand sind nicht alles. Sie können nicht der letzte Sinn der Ar-

beit sein. *Erhard* wies schon frühzeitig darauf hin, dass die Deutschen nach Überwindung der größten Kriegsschäden „in einer neuen Gesinnung“ nunmehr an das Ganze denken sollten.

Was er damit konkret meinte, erläuterte er in seinen Reden und Aufrufen. „Was wir aber außerdem brauchen, ist ein neuer Stil unseres Lebens. Die wachsende Produktion allein hat keinen Sinn. Lassen wir uns von ihr völlig in Bann schlagen, geraten wir in solcher Jagd nach materiellen Werten in den bekannten Tanz um das goldene Kalb. In diesem Wirbel aber müssten die besten menschlichen Eigenschaften verkümmern: der Gedanken an den ‚anderen‘, an den Mitmenschen neben uns. ... Und unser Beispiel wird der Jugend den Glauben geben, dass materieller Gewinn nicht der Weisheit letzter Schluss, des Lebens einziger Sinn ist. Schließlich haben wir auch eine geschichtliche Aufgabe, Werke und Werte der Kunst, der Kultur und der Wissenschaft nachhaltig zu fördern. Das bedeutet, wir sollten hinsichtlich unserer eigenen Wünsche hier und da Beschränkung üben. Wer unserem Volke nichts anderes zu geben vermag, als ‚besser leben‘ oder ‚weniger arbeiten‘, der wird die Geister und Herzen auf die Dauer nicht gewinnen können.“

Das gleiche Thema beherrschte bereits die Rede des damaligen Bundeswirtschaftsministers im April 1960 auf dem Parteitag in Karlsruhe. Dort beantwortete er die Frage, wie sich Wirtschaftspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik zu verstehen habe. „Es geht darum, zu einer Vermenschlichung in allen Lebensbereichen und im Besonderen innerhalb des Wirtschaftsgeschehens hinzufinden.“

Auch die erste Regierungserklärung Bundeskanzler *Erhards* vom 18. Oktober 1963 verzichtete nicht auf die Forderung nach einem neuen gesellschaftlichen Leitbild: „Wenn wir von Wirtschafts- und Agrarpolitik, von Sozial-, Steuer- oder Verkehrspolitik sprechen und in der ressortmäßigen Behandlung dieser Fragen Fortschritte zu erzielen suchen, so wird diese Arbeit vom Ganzen her gesehen doch erst sinnvoll und fruchtbar, wenn sie sich an einem gesellschaftlichen Leitbild orientiert. Es geht schlechthin um die Fortgestaltung unserer Lebensordnung, aus deren Bejahung einem Volke ein waches Lebensgefühl und ein starker Lebensmut zufließen. Wir sind vielleicht auf diesem Wege zu sehr im Technischen stecken geblieben.“

Das Reformthema ließ *Ludwig Erhard* für lange Zeit nicht los. Deshalb war seine Programmrede beim Düsseldorfer Parteitag 1965, die die Politik der kommenden Jahre zum Gegenstand hatte, diesem Thema gewidmet. „Öffentliche Voraussicht und private Initiative müssen sich verbünden, um Deutschland gegen Krisen gefeit sein zu lassen und für die Mehrung seiner politischen Kraft, seiner geistigen und technischen Leistung, seines ökonomischen Fortschritts einstehen zu können. Kurzum – wir haben in der Ordnung unserer Gesellschaft die Voraussetzungen für eine neue kulturelle und zivilisatorische Höhe unseres Staates und unseres Volkes zu bereiten.“

XVI.

Am 12. Mai 1965 nahmen die Bundesrepublik und Israel diplomatische Beziehungen auf, achtzehn Monate nach einer Erklärung *Erhards* bei seinem ersten Auftreten als Kanzler vor der Bundespressekonferenz am 3. Dezember 1963: „Es ist nicht die Frage, ob wir diplomatische Beziehungen mit Israel aufnehmen, es ist die Frage, wann wir sie aufnehmen!“ Die Bedeutung dieses Vorganges wird nicht durch die damit verbundenen schweren internationalen Auseinandersetzungen und die Dauer und die Umstände des Entscheidungsprozesses in der

Bundesrepublik geschmälert. Die Meinungen über den richtigen Weg der deutschen Außenpolitik im Nahen Osten waren in den Parteien und selbst innerhalb der Bundesregierung durchaus strittig. Die ungeklärte Frage der Normalisierung des deutsch-israelischen Verhältnisses hatte *Erhard* als Erbe von der Regierung *Adenauer* übernommen. Es war immer das Bestreben der Bundesregierung von 1949 an gewesen, die Hypotheken der Vergangenheit auch im Verhältnis zum jüdischen Volk abzutragen, den Opfern der Verfolgung Wiedergutmachung zu leisten und dem jungen Staat Israel, der den Überlebenden des Holocaust Heimat und Sicherheit gab, zu helfen. Aber zu vollen diplomatischen Beziehungen war es nicht gekommen. *Adenauer* hatte mit dem Wiedergutmachungsabkommen und der Gesetzgebung, die der Überwindung des an Verfolgten begangenen Unrechts diente, entscheidende Weichen gestellt. *Adenauer* und *Erhard* stimmten voll darin überein, dass wichtiger als der wirtschaftliche Wert der Wiedergutmachung ihr menschliches und moralisches Gewicht sei. Als die Lage des bedrohten Israel es gebot und entsprechende Bitten der Vereinigten Staaten und Israels vorlagen, stimmten *Adenauer* und *Erhard*, jeder zu seiner Zeit, der Lieferung von Waffen und technischem Gerät aus deutschen Beständen zu. Dass dies zugleich einen ernsten Konflikt mit den arabischen Staaten auslösen könnte, lag von Anfang an innerhalb der deutschen Vorstellungen, wobei Bundeskanzler *Erhard* allerdings davon ausging, dass die arabische Seite mehr Verständnis für die deutsche Sondersituation gegenüber dem Staat der Juden aufbringen würde, als dies dann geschah.

Im Gegenzug lud *Gamal Abd el Nasser*, der ägyptische Präsident, *Walter Ulbricht*, den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, nach Kairo ein. Anfang März entschloss sich *Erhard*, bekanntzugeben, dass die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel anstrebe. Eine formelle Abstimmung im Bundeskabinett fand darüber nicht statt. Es war die einzige Richtlinienentscheidung, die Bundeskanzler *Erhard* getroffen hat. Die Verhandlungen in diesen außerordentlich schwierigen Fragen führte als Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers *Dr. Kurt Birrenbach*, Bundestagsabgeordneter der CDU, ein Mann weltweiter politischer und wirtschaftlicher Erfahrungen, eine Erscheinung, wie sie ganz selten in der deutschen Politik ist. In vielen außenpolitischen Missionen bewährt, besaß er das besondere Vertrauen von Bundeskanzler *Erhard*. Ihm gelang es bis zum 12. Mai 1965 in einer Folge von Verhandlungen, die in Jerusalem stattfanden, alle offenen Fragen vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu klären. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen einiger arabischer Staaten mit der Bundesrepublik erwies sich nicht als tragisch und wurde im Laufe einer relativ kurzen Zeit wieder rückgängig gemacht.

XVII.

Ludwig Erhard hatte während seiner Jahre von 1949 bis 1963 in den Bundestagswahlkämpfen und in zahlreichen Landtagswahlkämpfen für die Union stets eine wichtige Rolle gespielt. Zusammen mit *Adenauer* konnte er manchen Wahlsieg erringen oder doch entscheidend zum Erfolg beitragen. Die Bundestagswahlen 1965 waren die ersten, die Bundeskanzler *Erhard* nach zweijähriger Amtszeit in eigener Verantwortung bestehen musste. Die politische Bilanz der beiden Regierungsjahre *Erhards*, ohne einen „*Erhard*“ als Wirtschaftsminister, konnte den hohen Erwartungen, die die Wähler in ihn gesetzt hatten, nicht voll entsprechen. Trotzdem blieb der persönliche Kredit *Ludwig Erhards* bei den Bürgern sehr hoch, wenn auch zunehmend deutlich wurde, dass die SPD als Partei in der Wählermeinung vor der CDU rangierte. *Erhard* persönlich lag in allen Umfragen als Spitzenkandidat vorn. Das Problem des Bundes-

kanzlers war weniger die politische Bilanz seiner Arbeit als eine andere Frage, die sich von Beginn seiner Kanzlerschaft an als Hemmnis erwiesen hatte. Es war das Loyalitätsdefizit in der CDU/CSU, das die Regierungsarbeit störte und die absolute Mehrheit 1965 verhinderte und im darauffolgenden Jahr den Sturz *Ludwig Erhards* verursachte. Das Mindestmaß an Loyalität, ohne das erfolgreiche Politik auf die Dauer nicht möglich ist, wurde gewiss nicht von *Erhard* verletzt, sondern von einigen, die entweder keine politische Zukunft mehr hatten oder sich diese Zukunft auf Kosten des Bundeskanzlers erkaufen wollten – zum Schaden der CDU/CSU.

Erhards Einsatz im Wahlkampf lief nach bewährtem Muster ab. Er trat in wenigen Wochen in über 300 Orten auf. Transportmittel waren neben Flugzeug und Kraftwagen vor allem ein Sonderzug der Bundesbahn. Wahlkampfgegner war *Willy Brandt*, der Spitzenkandidat der SPD. Es ging um die Entscheidung der Wähler zwischen *Erhard* und *Brandt* und damit um zwei politische Programme. Es kam zu massiven politischen Angriffen, die, soweit es *Erhard* anging, vor allem das Godesberger Programm betrafen, dessen Verbindlichkeit und langfristige Gültigkeit als politische Leitlinie der SPD von ihm immer wieder in Zweifel gezogen wurden. Der Wahlausgang war ein großer Sieg *Erhards* und für seine Gegner und viele Freunde unerwartet. Eine eigenartige Form des Dankes an die Sozialdemokraten, die ihn 1964 für die zweite Periode seiner Amtszeit mit gewählt hatten, entwickelte Bundespräsident *Heinrich Lübke*. Getäuscht durch Voraussagen einiger Demoskopen von einem Kopf-an-Kopf-Rennen der Parteien, teilte der Bundespräsident den Parteivorsitzenden etwa 14 Tage vor dem Wahltermin seinen Wunsch mit, man möge nach der Wahlentscheidung von der Benennung von Kanzlerkandidaten absehen. Er sah sich offenbar in der Rolle des Regisseurs einer Regierung der Großen Koalition, die seinen Erwartungen und seinem Wunsch entsprach. Zu den Befürwortern einer Großen Koalition gehörte damals auch *Adenauer*. Eine von ihm entfachte Diskussion durch einen unter seinem Namen kurz vor dem Wahltermin veröffentlichten Aufsatz über „Möglichkeiten einer Koalition“ schwächte die Union und *Erhard*, deren Hauptgegner die SPD war. Ohne diese Vorgänge wäre der CDU/CSU die absolute Mehrheit wahrscheinlich sicher gewesen. Nach Meinung *Erhards* bestand der Preis, den die Union darüber hinaus zahlen musste, in der langen Oppositionszeit, die von 1969 bis zur Kanzlerwahl *Helmut Kohls* am 1. Oktober 1982 dauern sollte.

XVIII.

Am 25. März 1966 wurde allen Regierungen der Welt, mit denen die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen unterhielt, eine deutsche Note übergeben, die allgemein als Friedensnote bezeichnet wurde. Die Note beweist, dass Friedenspolitik nicht mit der sogenannten Friedensbewegung begonnen hat. Der frühe deutsche Verzicht auf ABC-Waffen gehört ebenso dazu wie *Adenauers* Reise nach Moskau im Jahre 1955, die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblockstaaten und die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis und die Europäischen Gemeinschaften. In der Friedensnote heißt es: „Die Bundesregierung verfolgt weder eine Revanchepolitik noch eine restaurative Politik. Der Blick ist nicht rückwärts, sondern vorwärts gewandt. Ihr Ziel ist eine gerechte, auf friedlichen Vereinbarungen beruhende europäische Ordnung, in der alle Völker frei und als gute Nachbarn miteinander leben können. Auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten sind Teil Europas.“ Die Note fand im Inland und bei den westlichen Verbündeten ein

positives Echo. Bundeskanzler *Erhard* erläuterte die Note im Bundestag. Die Sprecher aller Parteien erklärten ihre Zustimmung zu der dort definierten Politik.

XIX.

Ludwig Erhard gehörte jener deutschen Generation an, für die das Scheitern der Weimarer Republik in der großen Krise um 1930 das politische Schlüsselereignis gewesen war. Er hatte das Unvermögen der damals Verantwortlichen erlebt, wirtschafts- und finanzpolitisch „richtig“ zu handeln. Die Folgen: *Hitler* und sein Krieg, die Zerstörung des Reiches, Vertreibung und Flucht, Tod und Elend für viele Millionen in Deutschland und seinen Nachbarländern. Für *Ludwig Erhard* wurden so Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ebenso wichtigen Teilen der Staatskunst wie die Außenpolitik.

Ludwig Erhard versuchte, „Politik mit Anstand“ zu betreiben. Man muss sich allerdings davor hüten, in diesem Bemühen das Handeln eines Mannes zu sehen, dem nicht die Regeln und Tricks des politischen Geschäfts bekannt gewesen wären. Es ist daran zu erinnern, dass er mit solchen ihm unterstellten Eigenschaften wohl kaum Bayerischer Staatsminister für Handel und Gewerbe, Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler geworden wäre, gegen große Widerstände und Angriffe aus allen Richtungen, um dabei gleichzeitig Aufgaben zu lösen, die von vielen für unlösbar gehalten wurden. Er galt als einer der großen Wirtschaftsminister des 19. und 20. Jahrhunderts, auch im internationalen Maßstab. Die Verleihung von 23 Ehrendoktorwürden deutscher, aber vor allem auch ausländischer Universitäten unterstreicht sein weltweites Ansehen.

Auch die Bilanz seiner Kanzlerzeit verdient Respekt; dies vor allem auch angesichts der zeitweilig mangelnden Unterstützung, die *Ludwig Erhard* in der Union fand. Seine Zeit im Palais Schaumburg war stark mit der Bewältigung der Folgen dieser Vorgänge belastet, oft stärker als mit der Erledigung der innen- und außenpolitischen Aufgaben, die sich dem Bundeskanzler stellten. In der Europapolitik des Bundeskanzlers *Erhard* ragt die sogenannte Getreidepreisentscheidung von 1964 besonders hervor. Sie hätte dem Laien als ein mehr technischer Vorgang erscheinen können, aber sie war in Wirklichkeit von höchster politischer Wirkung. Diese Entscheidung kennzeichnete den „point of no return“ im Prozess der Einigung der Sechser. Sie war zunächst mit umfangreichen finanziellen deutschen Leistungen verbunden, die sich aber durch den politischen Gewinn voll rechtfertigten.

Am 23. März 1966 wurde Bundeskanzler *Erhard* zum Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und am 24. Mai 1967 zum Ehrenvorsitzenden der CDU gewählt.

Für *Erhards* wirtschaftsethische Vorstellungen ist der Auszug aus einem Brief an *Wilhelm Vershofen*, seinen alten Lehrer und Kollegen, aus dem Jahre 1957 kennzeichnend: „Der Sinn von ‚mehr Wohlstand‘, wie ich ihn verstehe, ist der, dem Einzelnen reichere, bessere und freiere Lebensmöglichkeiten und damit überhaupt neue Perspektiven der Lebensführung zu eröffnen. Alles, was auf dem Gebiete der Erziehung, der Schulung, der Bildung an Mehr gewonnen werden kann, was durch Wissen und Erkenntnis uns zu bereichern vermag, was uns für Werte und Werke der Kunst, der Kultur und des Geistes aufgeschlossen sein lässt, was an echter Muße und Erholung uns zu innerer Ausgewogenheit verhelfen kann, – das alles gehört in die weitgespannte Skala menschlicher Bedarfsdeckung, und es gehört in einer wirtschaftlichen

Betrachtung dazu, weil uns das alles ja auch nicht geschenkt wird, sondern erarbeitet werden muss.“

Ludwig Erhard gehörte zu den wenigen Politikern, für die die Feststellung nicht galt, dass nur außenpolitische Erfolge sie zum Staatsmann machen und sie in die Geschichte eingehen lassen. *Ludwig Erhard* erreichte diesen Rang auf dem steinigen Weg der Wirtschaftspolitik.

Ludwig Erhard trat am 1. Dezember 1966 als Bundeskanzler zurück. Die Schlussätze seiner Abschiedsansprache in Hörfunk und Fernsehen am 30. November 1966 lauteten: „Meine Liebe und meine Kraft werden immer dem ganzen deutschen Volk gehören. Gott schütze unser Vaterland.“ Bis zu seinem Todestag, dem 5. Mai 1977, gehörte er dem Deutschen Bundestag an, in seinen beiden letzten Legislaturperioden als Alterspräsident.

Ludwig Erhards Schriften

LUDWIG ERHARD, Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, Düsseldorf 1953.

LUDWIG ERHARD, Wohlstand für Alle, Düsseldorf 1957, 8. Aufl. 1964.

LUDWIG ERHARD, Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg zur Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf, Wien, Frankfurt/Main 1962.

LUDWIG ERHARD, Wirken und Reden, Ludwigsburg 1966.

LUDWIG ERHARD, Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44, Frankfurt, Berlin, Wien 1972 (mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard, Theodor Eschenburg, Günter Schmölders).

Auswahl-Bibliographie

ALTMANN, RÜDIGER, Wirtschaftspolitik und Staatskunst. Wirkungen Ludwig Erhards. Hg. Ludwig-Erhard-Stiftung, 1977.

BECKERATH, ERWIN VON; MEYER, FRITZ W.; MÜLLER-ARMACK, ALFRED (Hg.). Wirtschaftsfragen der freien Welt. Zum 60. Geburtstag von Ludwig Erhard, 1957.

DÖNHOF, MARION GRÄFIN, Von Gestern nach Übermorgen. Zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1981.

CARO, MICHAEL K., Der Volkskanzler Ludwig Erhard, 1965.

ERHARD, LUDWIG, Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum 75. Geburtstag, Hg. Gerhard Schröder, Alfred Müller-Armack, Karl Hohmann, Johannes Gross, Rüdiger Altmann, 1972.

ERHARD, LUDWIG, Sein Weg – Deutschlands Aufstieg, 1965.

FLACH, KARL-HERMANN, Erhards schwerer Weg, 1963.

GIERSCH, HERBERT, Über Ludwig Erhard und seine wirtschaftspolitischen Prinzipien in Gegenwart und Zukunft. In: Gerhard Stoltenberg, Herbert Giersch, Werner Kaltefleiter, Soziale Marktwirtschaft und freiheitliche Demokratie – Ludwig Erhards Erbe für die Zukunft, 1977, Schriften der Hermann-Ehlers-Akademie 7.

HAYEK, FRIEDRICH A. VON, Die Wiederentdeckung der Freiheit – Persönliche Erinnerungen. In: Produktivität, Eigenverantwortung, Beschäftigung. Für eine wirtschaftspolitische Vorwärtsstrategie, 1983, S. 9 ff.

HERBST, LUDOLF, Krisenüberwindung und Wirtschaftsneuordnung. Ludwig Erhards Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 25/1977, H. 3.

HEUSGEN, CHRISTOPH, Ludwig Erhards Lehre von der Sozialen Marktwirtschaft. Ursprünge, Kerngehalt, Wandlungen, 1981.

- HILDEBRAND, KLAUS, Von Erhard zur großen Koalition. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1963 – 1963, Stuttgart und Wiesbaden 1984.
- HOHMANN, KARL (Hg.), Zehn Jahre D-Mark, 1958.
- HOHMANN, KARL (Hg.), Der Geburtstag. Eine Dokumentation über den 75. Geburtstag von Altbundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard. 4. Februar 1972, 1973.
- HOHMANN, KARL (Hg.), Erbe und Auftrag, Aussagen und Zeugnisse, 1977. 2. Aufl. 1978.
- HOHMANN, KARL, Aus dem Leben Ludwig Erhards. Die Jahre bis 1945. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 11, 1982.
- HOHMANN, KARL (Hg.), Ludwig Erhard – Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, 1988.
- HORTEN, ALPHONS, Erinnerungen an Ludwig Erhard, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 15, 1983.
- HUNOLD, ALBERT, Sir Robert Peel und Ludwig Erhard, Bahnbrecher einer neuen liberalen Ära. In: Wirtschaftsfragen der freien Welt. Hg. Erwin von Beckerath (u.a.), Zum 60. Geburtstag von Ludwig Erhard, 1957.
- KLEIN, HANS, Ludwig Erhard, Köln, 1967.
- LUKOMSKI, JESS M., Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker, 1965.
- MÜHLE, DIETER, Ludwig Erhard. Eine Biographie, Berlin (Ost), 1965.
- MÜLLER-ARMACK, ALFRED, Adenauer und Erhard. In: Alfred Müller-Armack, Auf dem Weg nach Europa, 1971.
- MÜLLER-ARMACK, ALFRED, Ein exemplarisches Leben. Zum 80. Geburtstag Ludwig Erhards. In: Wirtschaftspolitische Chronik, 26/1977, Heft 1.
- NOELLE-NEUMANN, ELISABETH, Ein Mann des guten Willens. Zum 80. Geburtstag Ludwig Erhards. In: Die Politische Meinung, 22/1977, Heft 170.
- NOELLE-NEUMANN, ELISABETH, Ludwig Erhard. Zwischen Zu- und Widerspruch. In: Werner Höfer (Hg.), Glück gehabt. Mit Präsidenten, Kanzlern und den Frauen. Eine Bonner Galerie, 1976.
- RIEHL, HANS, Ludwig Erhards große Stunde. Ein Einzelkämpfer setzt die Marktwirtschaft durch. In: Hans Riehl, Die Mark. Die aufregende Geschichte einer Weltwährung, 1978.
- RÖPKE, WILHELM, Ludwig Erhard zum 60. Geburtstag. In: Wilhelm Röpke, Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit. Hg. Albert Hunold, 1959.
- SCHICKLING, WILLI, Entscheidung in Frankfurt, Ludwig Erhards Durchbruch zur Freiheit. 30 Jahre Deutsche Mark, 30 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Hg. Ludwig Erhard-Stiftung, 1978.
- SCHMÖLDERS, GÜNTER, Ludwig Erhard. An other Bismarck? In-Current-History, Vol. 50/1966, No. 297.
- STACKELBERG, KARL-GEORG VON, Attentat auf Deutschlands Talisman. Ludwig Erhards Sturz – Hintergründe, Konsequenzen, 1967.
- ULLRICH, KLAUS, Ludwig Erhard. In: Claus Hinrich Casdorff, Demokraten. Profile unserer Republik, 1983.
- VÖLKLEIN, ULRICH, Ludwig Erhard – Trümmer, Träume und ein Mann der Tat, 1997.
- WESTRICK, LUDGER, Adenauer und Erhard. In: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1, Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Hg. Dieter Blumenwitz, Klaus Gotto (u.a.), 1976.
- WÜNSCHE, HORST FRIEDRICH, Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption. Soziale Marktwirtschaft als Politische Ökonomie, 1986.